

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 5. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016–2020)

Sitzungsdatum: 7. Dezember 2016
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 23.00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Philippe Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Albert Schnyder, Gemeindeverwalter a.i.
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Andreas Bammatter, Mirjam Benz-Ziegler, Nicolas Chapuis, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Patrick Lautenschlager, Simon Maurer, Maya Meisel, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Pozivil Urs, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella-Klauser, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Rolf Adam, Julia Gosteli, Andreas Widmer

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.30 Uhr 37 Anwesende = 25
21.30 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2016 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2016, zur **Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2017 - 2021**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4308 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2016 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2016, zum **Budget 2017 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2017** Geschäft 4309 / A

- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 16.11.2016 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 19.11.2016, zu den Budgetanträgen pro 2017 Geschäft 4309B / C

- 2.1.2 Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Geschäft 4309B.4

- 2.1.3 Budgetantrag von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend Entwicklung Begegnungs- & Spielplatz am Tulpenweg Geschäft 4309B.7

- 2.1.4 Budgetantrag von Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 9630.4430; Pacht- und Mietzinse Liegenschaften FV Geschäft 4309B.1

- 2.1.5 Budgetantrag Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 0220 / 5040.03; Empfang der Gemeindeverwaltung Geschäft 4309B.2

- 2.1.6 Budgetantrag von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Konto 5040.03; Empfang Gemeindezentrum Geschäft 4309B.8

- 2.1.7 Budgetantrag von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli, Julia Gosteli und Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend Konto 1611.5060.01; Ersatz Trefferelektronik Schiessanlage Geschäft 4309B.10

- 2.1.8 Budgetantrag Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 3420.5290.01; Umgestaltung Lindenplatz S. 75 / 78 Geschäft 4309B.3

- 2.1.9 Budgetantrag von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli, Julia Gosteli und Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend Konto 3420.5290.01; Umgestaltung Lindenplatz Geschäft 4309B.9

- 2.2 DETAILBERATUNG

- 2.2.1 Budget 2017

- 2.2.2 Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2017

- 2.2.3 Budgetantrag von Etienne Winter, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung Steuerfuss auf 59 Prozent für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen Geschäft 4309B.5
- 2.2.4 Budgetantrag von Etienne Winter, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung Steuerfuss auf 60 Prozent für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen Geschäft 4309B.6
3. Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 19.10.2016, betreffend **Ergänzung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates in Sachen Budgetanträge**
Antrag des ER-Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4315

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 5 vom 7. Dezember 2016

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Philippe Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Philippe Adam, Präsident: Ich begrüsse alle zur heutigen Ratssitzung – leicht verspätet. Geplant ist, morgen, Freitag, keine Sitzung mehr abzuhalten, sondern heute fertig zu werden. Es ist daher vorgesehen, heute bis 22.00 Uhr zu tagen. Sollte es morgen zu einer Sitzung kommen, wird es keine Verpflegung geben. Dringliche Interpellationen, Postulate oder Motionen liegen nicht vor. Es liegen ein Postulat der SVP-Fraktion, Henry Vogt, Geschäft 4317, sowie ein Postulat der SP-Fraktion, Christian

Stocker Arnet, Geschäft 4320, vor, ferner eine kleine Anfrage der grünen Fraktion, Ueli Keller. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Rat an, ob Änderungsanträge vorliegen. Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2016 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2016, zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2017– 2021
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4308 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Gerne will ich Ihnen den Finanzplan 2017 – 2021 vorstellen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert. *[Die ppt-Präsentation wird während des Vortrags von Franz Vogt gezeigt.]* Im Rahmen der Einleitung werde ich zuerst die Ausgangslage und die dem Finanzplan zu Grunde liegenden Annahmen erläutern. Danach werde ich die grössten geplanten Änderungen der Planperiode nennen und kurz erklären. Im Hauptteil komme ich dann auf die Entwicklung unserer Ergebnisse wie auch auf die Entwicklung der Investitionstätigkeit in der Planperiode zu sprechen. Ebenso werde ich kurz auf die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen eingehen. Zu guter Letzt werde ich ein Fazit ziehen.

Die Ausgangsbasis für den Finanzplan 2017–2021 ist das Budget 2017. Bei dem Finanzplan handelt es sich um ein Modell, das, basierend auf dem Budgetjahr, die vier nachfolgenden Planjahre mit den bereits jetzt bekannten Änderungen simuliert. Anhand der folgenden Annahmen sind die Planjahre berechnet. Veränderungen beziehen sich jeweils auf den Finanzplan 2016– 2020. Bei den natürlichen Personen wie auch bei den juristischen Personen sind keine Steuererhöhungen vorgesehen. Im Vorjahresfinanzplan war noch eine Steuererhöhung um ein Prozent ab 2016 vorgesehen. Diese ist abgelehnt worden. Bei der Kapitalsteuer ist aufgrund der Unternehmenssteuerreform III ab dem Jahr 2019 eine Senkung vorgesehen. Auf das Thema Unternehmenssteuerreformen III werde ich später eingehen. Das durchschnittliche Wachstum der Steuererträge im Budget 2017 beläuft sich auf 1.75 % und ist somit unverändert zum Finanzplan 2016– 2020. Analog zum Vorjahr ist die Teuerung mit 1 % ab 2018 berücksichtigt. Beim Personalaufwand rechnen wir ab 2018 mit 1 % Wachstum jährlich. Im letzten Finanzplan war lediglich ein Anstieg um 0.5 % für die Jahre 2016 und 2017 vorgesehen gewesen aufgrund der vorgesehenen Einfrierung des Stufenanstiegs im Budget 2016. Auf diesen wurde dann im Vorjahr aufgrund der Lohnsenkung um 1 % verzichtet. Ebenso wird bei den Löhnen, analog zum Kanton, auf einen Teuerungsausgleich verzichtet. Passivzinsen haben wir – gegenüber 1.3 % im Vorjahr – auf 1 % reduziert. Die Zinsen sind tief geblieben und wir können einen grossen Teil der Schulhausfinanzierung bereits abschliessen. Somit sind die Zinsrisiken während der Planperiode besser abschätzbar.

Nun zu den grössten uns bisher bekannten Änderungen innerhalb der Planperiode. Im Bereich der Kindergärten gehen wir in der Planperiode nicht von steigenden Kosten aus. Die grösseren Investitionen in die Kindergarteninfrastruktur sind nun abgeschlossen und die betroffenen Jahrgänge zeigen nur ein moderates Wachstum. Was wir natürlich nicht berücksichtigen können, ist die demografische Entwicklung aufgrund von Zu- und Wegzügen. Die Kindergärten Metzgersmatten können wir gegebenenfalls im Sommer 2017 für das Schuljahr 2017/2018 schliessen. Daraus würden Einsparungen im Umfang von CHF 300'000 resultieren. Die geburtenstarken Jahrgänge aus den Kindergärten verlagern sich jetzt in die Primarschule. Mit dem neuen Schulhaus verfügen wir über genügend Infrastruktur. In den Bereichen Personal- und Sachaufwand rechnen wir mit einer Zunahme von acht Klassen à je CHF 150'000. Somit rechnen wir mit Mehrkosten von CHF 1.2 Mio. bis zum Jahr 2021. Der Landrat hat im Januar 2016 eine Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes verabschiedet. Die Ergänzungsleistungen wurden in „Alter“ und „IV“ aufgeteilt, wobei die Gemeinden den Altersteil übernahmen. Ziel war es, die fiskalische Äquivalenz herzustellen, denn die Gemeinden steuern die Kosten im Altersbereich durch die Genehmigung der Tarife der Alters- und Pflegeheime. Somit sollen sie auch die Kosten tragen müssen. Jedoch besteht für die einzelne Gemeinde noch kein Anreiz zu sparen, da die Kosten pro Kopf im ganzen Kanton verteilt werden. Deswegen sieht die Teilrevision die Einführung einer Ergänzungsleistungs-Obergrenze ab 2018 vor. Der Kanton hat bisher unbegrenzt gezahlt, darum hat für die Gemeinden und somit auch für die Heime kein Anreiz bestanden, die Kosten tief zu halten. Neu soll der Betrag, der die Obergrenze übersteigt, durch die entsprechende Gemeinde getragen werden. Somit hat jede Gemeinde

den Anreiz, die Tarife der Altersheime tief zu halten. Aktuell ist die Obergrenze noch nicht definiert worden. Bei einer Ergänzungsleistung-Obergrenze von CHF 170 pro Tag, wie sie die entsprechende Vorlage vorsieht, fallen für unsere Gemeinde jährliche Mehrkosten von CHF 1.8 Mio. an. Somit würde der Finanzplan ab 2018 um diesen Betrag höher. Wir kämpfen mit allen politischen Mitteln dafür, dass dieser Betrag tiefer ausfallen wird.

Zur Unternehmenssteuerreform III: Ich werde nicht auf die technischen Details eingehen. Auf Seite 5 des Berichts zum Aufgaben- und Finanzplan, Kapitel 1.2, findet sich eine ausführliche Zusammenfassung. Die Basis für die Abbildung im Finanzplan ist die Strategie des Regierungsrates Baselland. Somit ist das noch kein verbindliches Gesetz. Bei den abgebildeten Effekten handelt es sich um sehr grobe Schätzungen. Detailliertere Berechnungen sind aufgrund unserer beschränkten Informationen und der noch bestehenden Unsicherheiten nicht möglich. Positive Effekte wie neue Steuerzahler, aber auch negative Effekte wie der Wegzug eines Steuerzahlers, sind nicht berücksichtigt. Im Finanzplan gehen wir ab 2019 von Steuerausfällen bei der Kapitalsteuer im Umfang von CHF 2.1 Mio. aus. Die Gewinnsteuer wird erst ab dem Jahr 2020 tangiert und ist somit im Finanzplan 2017–2021 nicht abgebildet. Es kann jedoch mit weiteren CHF 2.8 Mio. gerechnet werden. Natürlich gibt es auch positive Effekte. Einerseits gibt uns der Kanton einen Teil der Gelder, die er vom Bund als Entlastung bekommt, weiter. Da haben wir ab 2019 CHF 720'000 eingesetzt. Ebenso wird es Entlastungen beim Finanzausgleich geben, da sich unsere Steuerkraft als doch sehr betroffene Gemeinde im Vergleich zu anderen Gemeinden verschlechtern wird.

Familienexterne Betreuung: Durch die Umsetzung des FEB-Reglements, bzw. der Subjektfinanzierung auf der Stiftung Tagesheime, sind in den Planjahren 2018 und 2019 zusätzliche Einsparungen von je CHF 200'000 vorgesehen.

Massnahmen Spitex: Aktuell wird eine neue Leistungsvereinbarung mit der Spitex erarbeitet. Der Gemeinderat geht in diesem Zusammenhang von Einsparungen im Umfang von mindesten CHF 250'000 im Jahr 2018 aus.

Zum Hauptteil: Ich zeige ich hier eine Folie unserer Ergebnisse (ohne Bewertungen und Buchgewinne aus Veräusserungen oder Vergabe von Baurechten an Grundstücken). Während der gesamten Auslandsperiode fallen Verluste an. Wir haben ein strukturelles Defizit.

Investitionen: Wir sehen auf dieser weiteren Folie, wie sich die Investitionen in der Planperiode verhalten werden. Auf die Investitionen im Jahr 2017 werde ich nachher bei der Präsentation des Budgets 2017 eingehen. Hier beschränke ich mich auf die grössten Investitionen ab 2018.

In 2018 sind dies CHF 4.2 Mio., davon CHF 1 Mio. für den Wegmattenpark, CHF 850'000 für Korrektur des Engehollenwegs, CHF 410'000 für allgemeine Strassensanierung, CHF 290'000 für die Sanierung Schulhaus Schönenbuchstrasse.

Im Jahr 2019 handelt es sich um total CHF 5.4 Mio., davon 1 Million für den Wegmattenpark, CHF 930'000 für den Kreisel Grabenring, CHF 550'000 für die Korrektur Engehollenweg, CHF 350'000 für allgemeine Strassensanierungen.

2020 total CHF 3.5 Mio., von 1.2 Mio. für die Umgestaltung des Lindenplatzes, CHF 1 Mio. für den Wegmattenpark, CHF 460'000 für allgemeine Strassensanierungen.

2021: total CHF 7.9 Mio., davon 4 Mio. für den Hegenheimerweg, CHF 1.2 Mio. für den Lindenplatz, CHF 750.000 für den Schützenweg, CHF 730'000 für die allgemeine Strassensanierung.

Wie viel von diesen Investitionen können wir selbst finanzieren? Eine gute Kennzahl, um diese Frage zu beantworten, ist der Selbstfinanzierungsgrad. Dieser zeigt auf, inwieweit Investitionen aus selber erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 % entspricht einer vollständigen Finanzierung der Nettoinvestitionen durch eigene Mittel. Wie man aus der Grafik unschwer erkennen kann, ist der Selbstfinanzierungsgrad besonders bis 2016 aufgrund unserer starken Investitionstätigkeit sehr tief. In den Folgejahren verbessert sich die Selbstfinanzierung wieder durch Verkäufe der Liegenschaften Sturzenegger und Gartenstrasse. Die nächste Folie zeigt die Entwicklung unserer Nettoschuld genauer. Wie man hier sieht, nimmt unsere Verschuldung bis ins Jahr 2017 zu. Danach nimmt sie aufgrund der genannten Verkäufe wieder ab. Am Ende der Finanzplanperiode nimmt die Verschuldung, hauptsächlich wegen des Baubeginns des Hegenheimerwegs, wieder zu. Eine Verschuldung von CHF 71 Mio. entspricht einer Verschuldung von knapp CHF 3'400 pro Einwohner. Können wir uns so viele Schulden überhaupt leisten? Eine gute Kennzahl in diesem Zusammenhang ist

der Kapitaldienstanteil. Dessen Entwicklung ist auf der nächsten Folie zu sehen. Er gibt Auskunft darüber, wie stark der laufende Ertrag durch Kapitalkosten, sprich Abschreibungen und Fremdkapitalzinsaufwand, belastet wird. Hier gilt: unter 5 % = geringe Belastung; 5-15 % = tragbare Belastung; über 15 % = hohe Belastung. Wir befinden uns nach den Investitionen mit knapp 7 % noch im tragbaren Bereich. Bei einer starken Veränderung der Zinslage könnte das aber anders aussehen. Um dieses Zinsrisiko zu minimieren, finanzieren wir uns langfristig gestaffelt.

Ich komme jetzt zu den Spezialfinanzierungen, zuerst zum Wasser. Um die Spezialfinanzierung beurteilen zu können, ist die folgende Übersicht am geeignetsten. Der erste Balken zeigt das Eigenkapital, also das Vermögen der Spezialfinanzierung. Der zweite Balken zeigt das Verwaltungsvermögen, also den Wert der Aktiven. Wie man sieht, wird der gelbe Balken nie kleiner als der blaue. Somit ist die Spezialfinanzierung Wasser während der ganzen Planperiode selbstfinanziert. D.h., die laufenden Erträge und Investitionsbeiträge können die laufenden Kosten decken und die Investitionen finanzieren. Somit ist das eine gesunde Spezialfinanzierung. Nachdem wir bereits im Jahr 2016 die Gebühren gesenkt haben, sind in den kommenden Jahren in Abhängigkeit von der Entwicklung der Investitionen weitere Gebührensenkungen absehbar. Von einer Gebührensenkung im Jahr 2017 haben wir abgesehen, da wir zunächst den Effekt der letzten Gebührensenkungen in der Rechnung für das Jahr 2016 abwarten wollen.

Abwasser: Hier sieht die Situation anders aus. Diese Spezialfinanzierung ist aktuell stark überfinanziert. Das heisst, sie verfügt über viel mehr Kapital, als sie effektiv braucht. Einerseits werden in der Planperiode absichtlich Verluste generiert, um das Eigenkapital abzubauen. Dabei hilft auch die im Jahr 2016 vorgenommene Gebührensenkung. Andererseits erfolgen gegen Ende der Planperiode massive Investitionen, die viel Eigenkapital benötigen werden. Man darf sich nicht von der grossen Nettoschuld am Ende der Planperiode erschrecken lassen. Wichtig ist, die Entwicklung laufend zu beobachten und rechtzeitig Massnahmen zu treffen. Aktuell gilt: abwarten.

Abfallbeseitigung: Wie Sie sich sicherlich erinnern können, hat die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung im Jahr 2015 eine Rückerstattung von CHF 1 Mio. von der IWB erhalten. Dies begründet die massive Überkapitalisierung. Im Jahr 2016 wurde bereits die Kunststoffabfuhr eingeführt und die Gebühren wurden gesenkt. Durch die jährlichen Defizite soll die Überkapitalisierung Schritt für Schritt abgebaut werden. Eine weitere Gebührenreduktion ist aktuell nicht angedacht. Wir sind aktuell mit CHF 1.70 pro 35-Liter-Sack im Kantonsvergleich mit Abstand eine der günstigsten Gemeinden.

Kommen wir zum Fazit: Der Finanzplan 2017–2021 hat sich gegenüber dem Vorjahr massiv verschlechtert und zeigt ein strukturelles Defizit. Es gibt dafür zwei Hauptgründe. Die Einführung der Ergänzungsleistung-Obergrenze ab 2018 sowie die Unternehmenssteuerreform III ab 2019. Beides sind Sachverhalte, auf die Allschwil keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss hat. Bei derart roten Zahlen müsste der Gemeinderat eigentlich sofort entsprechende Massnahmen ergreifen. Aber genau diese beiden Sachverhalte sind die grössten Unsicherheiten bei den Planannahmen. Das ist auch der Grund, warum der Gemeinderat im Budget 2017 auf Massnahmen wie Steuererhöhungen oder Leistungsabbau verzichtet hat. Der Gemeinderat wird die Entwicklung der Ergänzungsleistung-Obergrenze wie auch der Unternehmenssteuerreform III mitverfolgen und im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss nehmen, um bei Bedarf mit entsprechenden Massnahmen zu reagieren.

Mark Aellen, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (Fireko): Ich bedanke mich zuerst für die Arbeit der Verwaltung, die zusammen mit dem Gemeinderat diesen so detaillierten Plan ausgearbeitet hat. Wir haben ihn geprüft, wie es unsere Aufgabe ist, ohne ihn politisch zu bewerten, sondern ihn nur finanzpolitisch zu beurteilen. Wir sind weitgehend mit dem Gemeinderat und seinen Annahmen einig. Wir haben eine Abweichung festgestellt, die zu Buche schlägt und von den Entscheidungen im Kanton abhängt. Unsere Steuereinnahmen werden nicht so hoch ausfallen, wie es für das Jahr 2017 budgetiert ist, weil zwei Vorlagen, die dabei eingerechnet worden waren, abgelehnt worden sind. Es handelt sich um einen Betrag von etwa CHF 1 bis 1.4 Mio. Das wird den Verlust über die gesamte Planungsperiode noch einmal massiv erhöhen. Ohnehin wird ja die Nettoverschuldung bedenklich zunehmen. Ich möchte dazu die Kennzahlen visualisieren [zeigt Grafik]. Ich habe zusammengestellt, wie sich die verschiedenen Kriterien entwickeln. Zwei Indikatoren sind eher im kritischen Bereich, zwei sind ausgeglichen und einer ist auf der wirklich guten Seite. Der Finanzplan als solcher ist ausgewogen unter den Annahmen, die getroffen wurden. Er ist ein bisschen gefährdet durch den Sachverhalt, dass wir nicht die Volumen an Steuereinnahmen haben werden, die geplant sind. Auch bei den juristischen Personen werden wir Verluste haben, die nicht genau planbar sind. Deshalb sind wir weitgehend der Meinung, dass man den Antrag des Gemeinderates unterstützen kann, den Finanzplan so zur Kenntnis zu nehmen, wie er ist.

Dennoch meinen wir erwähnen zu sollen, dass unserer Meinung nach die Planung der Immobilienverwaltung etwas zu zurückhaltend gemacht wurde. Eine Immobilienstrategie beeinflusst den ganzen Finanzplan und dessen Ausgewogenheit massgeblich. Da ein solches Konzept nicht vorliegt, ist es natürlich auch schwierig, entsprechende Planungsmassnahmen einzuleiten. Wir wären daher sehr froh, wenn der Gemeinderat diese Immobilienstrategie jetzt vorlegen und auch umsetzen könnte, sodass wir den Nutzern dieses Vermögens besser einschätzen könnten.

Ein anderer Aspekt, der auch immer wieder angesprochen wird, ist die demografische Entwicklung, der wir ausgeliefert sind [zeigt Grafik]. Die rote Linie zeigt die Menschen zwischen 20 und 65 Jahren, also diejenigen, von denen wir die meisten Steuererträge erwarten. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren wieder leicht angestiegen. Die gelbe Linie zeigt die über 65-jährigen an, diese Kurve zeigt einen klaren und anhaltenden Aufwärtstrend. Die blaue Linie zeigt die Jungen, die ebenfalls massiv zunehmen. Allschwil ist also offensichtlich ein attraktiver Ort, der jüngere Familien anzieht. Der Trend bei den Jungen ist stärker als bei den Einnahmestarken, aber schwächer als bei den über 65-jährigen. Es wäre wichtig, dass wir genauer in den Griff bekommen, in welcher Weise sich diese demografischen Faktoren und Entwicklungen auf unsere Finanzplanung auswirken.

Bei der Spezialfinanzierung Wasser sollte eine weitere Gebührensenkung in Betracht gezogen werden; wie wir gehört haben, denkt der Gemeinderat darüber nach.

Wir empfehlen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Allgemeine Beratung

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich erlaube mir, im Namen der Fraktion nicht nur etwas zum Budget zu sagen, sondern gleichzeitig auch zum Finanzplan. Wir sind über die tiefroten Zahlen sehr erschrocken. Zum einen weist das bereinigte Budget ein Defizit von fast CHF 3 Mio. aus. Aber noch bedenklicher ist aus unserer Sicht das erwartete strukturelle Defizit, das die Schulden der Gemeinde bedrohlich anwachsen lassen wird. Wir sind dann plötzlich nicht mehr weit entfernt von der 80- oder 90-Millionen-Schuldenschwelle. Sollte dann eine Zinswende eingetreten und das Fremdkapital deutlich teurer werden, so könnte das für Allschwil bedrohlich werden. Falls diese negative Entwicklung tatsächlich eintreten sollte, ist für uns aber auch klar, dass sich die Finanzen nicht einfach durch weitere Einsparungen beim Büromaterial werden sanieren lassen. Wichtig erscheint uns, dass man vor allem die grossen Kostentreiber Bildung, Alter und soziale Sicherheit in Zukunft genau hinter die Lupe nimmt und sie ohne Tabu nach Einsparungspotenzial durchleuchtet. Wir denken dabei auch an unkonventionelle Ideen wie zum Beispiel die Möglichkeit einer Leistungsausschreibung bei der Spitex. Unerlässlich erscheint es uns auch, dass die Gemeinde vorwärts macht bei der Immobilienstrategie, weil uns viel Geld entgeht durch nicht oder schlecht genutzte Grundstücke. Für uns ist es jedenfalls noch zu früh für eine Steuererhöhung. Zuerst muss man abwarten, ob die prognostizierte Finanzverschlechterung tatsächlich eintritt. Weiter darf der Spardruck nicht durch eine vorschnelle Steuererhöhung reduziert werden.

Wir beantragen in diesem Sinne, das Budget zu genehmigen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Bei den geplanten Ausgaben wurde dreimal je 1 Million für den Wegmattenpark aufgeführt. Gibt das ein drei Millionen teures Pärklein? Auch gewisse Strassensanierungen wurden zweimal genannt. Wie ist das zu verstehen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Diese Positionen sind zusammenzuzählen. Der Wegmattenpark kostet nicht nur 1 Million, sondern ungefähr 3. Die Beträge für den Engehollenweg sind ebenfalls zu addieren.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Der Finanzchef hat in seinem Fazit gesagt, es gibt zwei Hauptgründe für das strukturelle Defizit, darunter die Unternehmenssteuerreform III ab 2019. Als Leser der bz habe ich heute Morgen gelesen, dass Gemeindevertreter für diese Steuerreformen sind, unter anderem auch unsere Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli: „Ja zur Erhaltung von Steuereinnahmen“. Können wir heute Abend herausfinden, ob es durch diese Steuerreform eher mehr oder eher weniger Geld geben wird? Kann der Finanzchef etwas dazu sagen oder die Gemeindepräsidentin, wieso Sie sich jetzt schon in Inseraten für diese Unternehmenssteuerreform einsetzen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Fall ist klar, und das weisst du auch, Andreas Bammatter, man macht diese Unternehmenssteuerreform nicht freiwillig, sondern man muss zwingend etwas tun, weil die

bisherige Handhabung international nicht mehr akzeptiert ist. Es gibt drei Möglichkeiten: Es zu lassen, wie es ist, mit der Folge, dass dies international nicht mehr akzeptiert würde. Man könnte zweitens bei den betroffenen Gesellschaften einfach die Steuern hochsetzen; dann sind sie weg, inklusive der grossen Chemie, die gerade im Nachbarkanton doch einiges zum Steuersubstrat beiträgt. Oder man macht drittens eine Unternehmenssteuerreform. Man hat lange daran gearbeitet, die verschiedenen Gesichtspunkte unter einen Hut zu bringen. Interessanterweise haben gerade gestern Thomas Pfaff und ich in anderem Zusammenhang ein Referat von Eva Herzog gehört, wobei sie auf diesen Punkt ebenfalls angesprochen wurde. Ihre Kernaussage: Die Dinge müssen international akzeptiert sein, darum kommen wir nicht herum. Sie findet, es sei ein Maximum herausgekommen. Die eidgenössischen Räte haben zwar einige Dinge verschlechtert; dennoch sei das Ergebnis immer noch akzeptabel, die schlimmsten Änderungen habe man abwenden können. Es sind nicht die Grosskonzerne, die entlastet werden. Da werden auch viele Falschinformationen verbreitet, „leider auch von meiner Partei“, wie Frau Herzog sagte. Statusgesellschaften, die von einer Box profitieren, werden steuerlich etwa gleich behandelt. Handelsgesellschaften werden höher besteuert. KMU, die Gewinnsteuer zahlen, werden entlastet. Unter dem Strich ist es ein ausgewogenes Paket. Nichts zu tun und den Kopf in den Sand zu stecken, wäre verheerend, und ich nutze jetzt diese Gelegenheit zu sagen, für unsere Schweiz wäre es wichtig, dass man dieser Unternehmenssteuerreform III zustimmt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Es wurde gerade gesagt, dass man einige Regelungen abschaffen musste, weil sie international nicht mehr akzeptiert wurden. Es bleibt abzuwarten, ob das, was jetzt umgesetzt werden soll, künftig international akzeptiert sein wird. Ich habe da erhebliche Zweifel. Also wenn wir hier schon Abstimmungswerbung machen, so sage ich: Man sollte die Reform dringend ablehnen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich glaube, wir müssen uns jetzt nicht lange damit aufhalten. Wir werden noch genug über dieses Thema diskutieren, vor allem national. Meine Frage ist aber trotzdem, wieso bekennt sich Frau Nüssli offiziell dazu, wenn doch dort die Finanzministerin von Basel-Stadt geredet hat und nicht derjenige von Basel-Landschaft?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Franz Vogt hat sehr schön geschildert, welches die Gründe sind, aus denen man dieser Unternehmenssteuerreform zustimmen muss. Es ist auch meine persönliche Überzeugung, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Nichts zu tun wäre das Falscheste, auch für unseren Kanton Basel-Landschaft. Klar ist dummerweise, für die Gemeinden wird die Situation enger, das ist so. Aber ich bin persönlich überzeugt, sie würde noch enger werden, wenn wir gar nichts tun würden.

Simon Maurer, 1. Vizepräsident: Es liegt eine neue Folie auf, möchte jemand etwas dazu sagen?

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Im Investitionsprogramm auf Seiten 4 und 5 des Aufgaben- und Finanzplans finden Sie die einzelnen Investitionen pro Jahr aufgelistet, die vorhin erwähnt wurden. Bezüglich des Wegmattenparks sieht man, dass CHF 2 Mio. abgebildet sind, 1 Mio. in 2018 und 1 Mio. im 2019. Zusätzlich ist noch der Beitrag aufgeführt, den die Firma, die die Bauten erstellen wird, im Baurecht zahlen muss, und zwar als Ertrag im Jahr 2019.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe zwei Verständnisfragen. Zuerst möchte ich aber sagen, dass ich sehr beeindruckt bin von dieser klaren Präsentation und den sehr gut nachvollziehbaren Angaben. Die erste Verständnisfrage betrifft die Tagesbetreuung. Wir haben gehört, dass im Finanzplan 2018 und 2019 zusätzliche Kürzungen von je CHF 200'000 eingesetzt sind. Ich würde zur Sicherheit gerne wissen, wozu „zusätzlich“ diese Kürzung erfolgt, konkret: Wie viel wurde schon im Jahr 2017 gespart? Die zweite Frage betrifft den Engehollenweg: Ist die hierfür eingesetzte Ausgabe schon beschlossen, oder gibt es dazu noch eine Vorlage?

Franz Vogt, Gemeinderat: Die Ausgaben Engehollenweg sind in der Investitionsplanung. Alle diese Ausgaben, soweit sie nicht das Jahr 2017 betreffen, sind nur orientierend aufgeführt. Die Frage betreffend Tagesbetreuung bitte ich Joseph Hammel zu beantworten.

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Es wurde ja das neue FEB-Reglement eingeführt, wobei es zunächst eine entsprechende Übergangslösung gab. Das effektive FEB-Reglement läuft noch nicht lange. Es ist daher schwierig zu sagen, wie gross die Einsparung gegenüber den Ausgaben in der Vergangenheit sein wird. Wir haben deswegen auch im Text des Budgets geschrieben, dass es für das Jahr 2017 eine Unsicherheit hat.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu den Immobilien. Weder bei den Investitionen noch bei den Immobilienveräusserungen ist das Schulhaus Bettenacker erwähnt. Was ist dort angedacht?

Franz Vogt, Gemeinderat: Das Bettenacker ist im Moment noch zurückgestellt. In der Vorlage zur Immobilienstrategie, die an den Gemeinderat zurückgewiesen wurde, war er erwähnt, dass beim Bettenacker momentan noch abgeklärt wird, ob wir es eventuell noch für den Eigenbedarf brauchen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir bedanken uns in diesem Jahr besonders bei der Fireko für das übersichtliche und klare Zahlenmaterial, das uns zur Verfügung gestellt wurde. Wir folgen dem Bericht auch inhaltlich und sind weitgehend zu den gleichen Schlussfolgerungen gekommen. Generell werden wir von der FDP-Fraktion speziell auf die schwierigen Punkte in Zukunft ein besonderes Augenmerk legen. Das wird die Immobilienstrategie betreffen, die Spezialfinanzierung Wasser, die Gesundheitskosten (Spitex, Pflege). Wir kommen ebenfalls zum Schluss, dass man als Gemeinde zeitnah und rasch auf inskünftige Veränderungen, die man heute noch nicht kennt, reagieren muss.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Auch wir danken der Fireko für die geleistete Arbeit und für den sehr schlüssigen und sauber formulierten Bericht. Was uns beim Finanzplan ebenfalls Sorgen macht, ist das strukturelle Defizit und die Frage, wie wir das gemeinsam in den Griff bekommen können. Bei dem Ausmass des Defizits werden wir nicht zu einer vernünftigen Lösung kommen, wenn wir es nicht gemeinsam versuchen. Fragen habe ich zu den Investitionen. Eine betrifft den Lindenplatz, der schon zweimal zurückgestellt wurde mit zwei Hauptargumenten. Eines davon war, dass es – wegen der Planung des Kantons an der Baslerstrasse – nicht dringlich war. Dieses hat sich inzwischen erledigt. Aber das zweite Hauptargument waren die hohen Kosten von CHF 2.8 Mio., mit denen man damals gerechnet hatte. Quer durch alle Parteien war damals zu hören, dass dies zu viel sei. Nun haben wir aber im Investitionsplan trotzdem wieder CHF 2.65 Mio. Ich weiss nicht, wo man das einordnen soll: unter Beratungsresistenz, Inkompetenz oder Umsetzungsverweigerung? Zum Bettenacker möchte ich eine Antwort haben, die sich nicht in „wir warten ab“ erschöpft. Franz Vogt sagte, man habe dieses Thema Anfang Jahr zurückgestellt. Jetzt haben wir Ende Jahr. Ich möchte gern wissen, welche Abklärungen in den seither vergangenen zwölf Monaten getroffen wurden, was unternommen wurde und was dabei herausgekommen ist.

Christoph Morat, Gemeinderat: Im Januar 2016 und in der Budgetdebatte für das Jahr 2016 hatten wir bereits bekanntgegeben, dass wir das Bettenacker im Moment nicht aktivieren können, weil wir aufgrund von Zahlen, die wir erst im Räumlichen Entwicklungskonzept (REK) erarbeiten können, genau werden sagen können, ob wir es noch als Schulhaus brauchen oder nicht. Es ist also nicht so, dass wir jetzt zwölf Monate lang nichts gemacht hätten, sondern wir mussten das REK zuerst starten. Ich kann bei dieser Gelegenheit auch gerade Werbung machen für einen Anlass am kommenden Mittwoch, 14. Dezember, den ich erst nachher im Info-Fenster vorbringen wollte. Es wird hier in diesem Saal ein Anlass zum Thema „Wie entwickeln sich Allschwils Wohnquartiere?“ stattfinden. Dazu sind die Einwohnerratsmitglieder und alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner eingeladen, um mitzudiskutieren und sich zu informieren, wie weit das räumliche Entwicklungskonzept gediehen ist. Es war ganz klar in diesem Zusammenhang des REK und nicht im Zusammenhang mit der Immobilienstrategie, dass wir gesagt haben, wir wüssten noch nicht genau, was wir mit dem Bettenacker machen wollen.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Ich bin nicht gleicher Meinung wie Christoph Morat. Zum Ersten hatte man dem Volk gesagt, man werde das Bettenackerareal verkaufen, damit man ein neues Schulhaus bauen kann. Das hatte man versprochen, und darum wurde auch das Gartenhausschulhaus angenommen. Das Schulhaus ist auch auf der falschen Seite von Allschwil. Auf der Seite Lindenplatz ist das Wachstum viel grösser, und dort haben wir auch einen Platz.

Franz Vogt, Gemeinderat: Zur Frage wegen der Kosten für den Lindenplatz: Diese sind nur orientierend im Finanzplan enthalten, ebenso wie der Wegmattenpark. Man hat bisher keine Ablehnung dieser Projekte im Einwohnerrat, somit wäre es unseriös, sie nicht in den Finanzplan aufzunehmen. Im Hinblick auf die Sanierung der Baslerstrasse ist die Umgestaltung des Lindenplatzes ja geplant. Aber klar ist, die Entscheidung liegt beim Einwohnerrat. Da ist bisher überhaupt nichts vorgespurt.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Als Mitglied des Stiftungsrates des Alterszentrums Bachgraben ist es mir wichtig, noch etwas zum Finanzplan zu sagen. Als ich diesen gelesen hatte, entstand bei mir das Bild, als ob das Alterszentrum am Bachgraben schuld daran sei, dass die Kosten im Alterswesen zugenommen haben. Dies möchte ich klar verneinen. Das Alterszentrum Bachgraben hat über die Jahre konstant eine Belegung von 99 %. Sie haben also nicht mehr Bewohnerinnen und Bewohner aufgenommen. Sie haben auch seit 2014 keine Erhöhung der Taxen vorgenommen. Im Gegenteil, das Alterszentrum hat in den letzten beiden Jahren jeweils mindestens 1 Million eingespart, dies ohne

Qualitätsabbau, ohne Leistungsabbau und ohne Stellenabbau. Dies möchte ich einfach erwähnt haben, damit kein falsches Bild entsteht.

Detailberatung

Markus Gruber, 2. Vizepräsident, liest kapitelweise vor.

1. Rechtsgrundlage, Methodik und getroffene Annahmen, S. 3
keine Wortmeldung

Aufgaben- und Finanzplanung 2017 – 2021, S. 8
keine Wortmeldung

2. Einwohnergemeinde, S. 8
keine Wortmeldung

2.2 Spezialfinanzierung Wasserversorgung, S. 11
keine Wortmeldung

2.3 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, S. 12
keine Wortmeldung

2.4 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung, S. 14
keine Wortmeldung

3. Zielrechnungen / Schlussfolgerungen, S. 16
keine Wortmeldung

4. Antrag, S. 17
keine Wortmeldung

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Vom Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Aufgaben- und Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2017–2021 wird Kenntnis genommen (Geschäft 4308).

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

Schlussabstimmung:

://:

Einstimmig ja.

PAUSE

Philippe Adam, Präsident teilt mit, dass die auf den Tischen liegenden Weihnachtsgutzi von der CVP-Fraktion gestiftet sind. [Beifall]

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen noch einmal unsere Veranstaltung zu den bisherigen Ergebnissen des räumlichen Entwicklungskonzepts empfehlen. Sie findet heute in einer Woche in diesem Saal von 19 bis 21 Uhr statt.

Ein weiteres Thema ist die Immobilienstrategie, die der Einwohnerrat im Januar dieses Jahres zurückgewiesen hat mit dem Auftrag, ein umfassendes Papier zu verfassen. Dieses umfassende Papier war heute Nachmittag Thema im Gemeinderat, und es ist tatsächlich sehr, sehr umfassend. Es gibt jetzt noch ein paar redaktionelle Änderungen, danach sind wir parat. Aber: Wir arbeiten im Moment auch am sogenannten Leitbildprozess. Gleichzeitig sind wir noch am räumlichen Entwicklungskonzept. Diese beiden Papiere, die um einiges umfangreicher und uns als Gemeinderat um einiges wichtiger sind, möchten wir Ihnen zuerst präsentieren, um die Immobilienstrategie dann daran aufzuhängen. Wir werden die Immobilienstrategie abschliessend im Januar beraten und sie dann dem Einwohnerrat zur Verfügung stellen können. Allerdings legen wir wirklich sehr grossen Wert darauf, dass wir zuerst über das Leitbild diskutieren, das wir Ihnen voraussichtlich in der Februar-Sitzung vorstellen können. Es gibt sehr viele Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Wir bitten daher noch um etwas Geduld. Den Auftrag haben wir, wie gesagt, erfüllt. Aber die erwähnten Abhängigkeiten sind für den Gemeinderat von extremer Wichtigkeit.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 14.09.2016 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 09.11.2016, zum Budget 2017 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2017, Geschäft 4309 / A

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall.

Traktandum 2.1.0 Eintretensdebatte

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich begrüsse Sie herzlich zur Budget-Präsentation 2017. Sie ist wie folgt gegliedert: Zuerst werde ich auf das Budget 2017 eingehen. Um die Kostenentwicklung zu veranschaulichen, werde ich einen kleinen Rückblick vornehmen. Danach werde ich ganz kurz etwas zu den Spezialfinanzierungen sagen. Zu guter Letzt werde ich ein kurzes Fazit ziehen.

Ich beginne mit dem Budget 2017 der Einwohnergemeinde. Wenn man in die bereits abgeschlossenen Rechnungsjahre 2010 bis 2015 zurückblickt, ergibt sich folgendes Bild. Innert fünf Jahren haben die Kosten wie folgt zugenommen. Öffentliche Ordnung und Sicherheit: plus CHF 1 Mio. Das ist hauptsächlich auf KESB zurückzuführen. Bildung: plus CHF 5 Mio. Gesundheit: plus CHF 4 Mio. Soziale Sicherheit: plus CHF 5 Mio. – Die Steuereinnahmen plus die Ausgleichszahlungen für Ausgabenverschiebungen aus dem Finanzausgleich haben lediglich um CHF 10 Mio. zugenommen. Somit haben wir uns innert fünf Jahren um netto über CHF 5 Mio. strukturell verschlechtert.

Was sind die Haupttreiber für die starken Kostenzunahmen?

In der Funktion Bildung hatten wir eine Netto-Kostenzunahme von CHF 5 Mio. oder plus 34 %. Diese Zunahme steht in direktem Zusammenhang mit dem Schülerwachstum. Während wir im Jahre 2010 noch 989 Schüler hatten, waren es im Jahr 2015 bereits 1'227. Das entspricht einer Zunahme von 230 Kindern

oder 24 %. Wohlbemerkt reden wir hierbei unverändert von fünf Primarschuljahren. Mit HarmoS und der Hinzunahme des 6. Primarschuljahres beträgt die Zunahme 44 %.

In der Funktion Gesundheit hatten wir in fünf Jahren eine Zunahme von CHF 4 Mio. oder 173 %. Diese ist hauptsächlich auf die neue Pflegefinanzierung seit 2011 zurückzuführen. Sie macht CHF 2.9 Mio. aus.

Im Bereich soziale Sicherheit sind diverse Sachverhalte für das Wachstum verantwortlich. Grösster Kostentreiber ist hier die Sozialhilfe. Wir zahlen im Jahr 2015 über CHF 2 Mio. mehr als noch im Jahr 2010. Wir haben eine Zunahme der Bezüger um 35 %. Zusätzlich sind aufgrund der Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und dem härteren Vorgehen der IV massiv längere Unterstützungen zu verzeichnen. Bei den Ergänzungsleistungen belaufen sich die Kostensteigerungen seit 2010 auf CHF 1.2 Mio. Dies ist zu einem grossen Teil auf die immer älter werdende Bevölkerung zurückzuführen. Das Altersheim ist nicht günstig, und die Einkommen aus den Renten reichen oft nicht aus, um die Kosten zu decken. Ebenso haben die Kosten für die familienergänzende Betreuung seit 2010 um knapp CHF 1 Mio. zugenommen.

Wie Sie sicherlich bemerkt haben, ist die Verschlechterung unserer finanziellen Situation zu einem wesentlichen Teil auf die demografischen Veränderungen zurückzuführen, wie auch die nächste Grafik zeigt. Sie bildet die Veränderung der Bevölkerungsstruktur seit 1980 bis 2015 ab. Es ist festzustellen, dass Allschwil im Jahr 2015 so viele Kinder im Alter bis etwa 6 Jahre hat wie nie seit 1980. Diese Kinder haben den grössten Teil ihrer Schulpflicht noch vor sich, und somit ist mit einem massiven weiteren Anstieg der Bildungskosten in den kommenden Jahren zu rechnen. Auf der anderen Seite der Grafik, bei den Personen ab dem 65. Altersjahr, verzeichnen wir ebenfalls einen Höchststand. Dieser zieht sich weiter bis hin zu den Personen über 80 Jahre. Somit wird sich auch in den Folgejahren der Kostenwachstumstrend fortsetzen. Was heisst das für das Budget 2017? Die grössten Veränderungen seit der Rechnung 2015 bis zum Budget 2017 April haben in den folgenden Bereichen stattgefunden: Bildung plus CHF 5 Mio., Gesundheit CHF 0.5 Mio., soziale Sicherheit plus knapp CHF 2 Mio., sowie auch bei Finanzen und Steuern, hier glücklicherweise in positiver Richtung, es gab nämlich eine Zunahme von CHF 6.2 Mio.

Was sind die Haupttreiber für dieses starke Kostenwachstum? Im Bereich Bildung rechnen wir mit einer Kostenzunahme von CHF 5 Mio. im Budget 2017 gegenüber der Rechnung 2015. Das hat verschiedene Gründe. Einerseits haben wir eine Zunahme bei den Abschreibungen der Liegenschaften. Allein die Abschreibung der Schule Gartenhof macht netto mit der Auflösung der Vorfinanzierung CHF 1.2 Mio. aus. Die Abschreibung der neuen Kindergärten, bzw. der Kindergartensanierungen, schlagen mit CHF 0.3 Mio. zu Buche. Durch die Übernahme des 6. Schuljahres sind ca. CHF 1.3 Mio. Mehrkosten angefallen. Der Ausbau der Schulleitung und des Sekretariats kostet CHF 200'000. Durch HarmoS sind Mieterträge vom Kanton im Umfang von knapp CHF 0.5 Mio. weggefallen. Der Ausbau der schulergänzenden Tagesstrukturen mit der neuen Schule Gartenhof kostet CHF 200'000. Zusätzlich hat die Anzahl der Klassen weiter zugenommen. Allein im Jahr 2017 sind es zwei Kindergärten mehr plus vier neue Primarschulklassen. Die funktionsübergreifende Nettokostenzunahme im Bereich Bildung beträgt somit CHF 3.7 Mio.

Im Bereich Gesundheit rechnen wir mit einer Kostenzunahme der Pflegenormkosten, also der Altersheime einerseits aufgrund der geplanten Erhöhung der Normkosten, andererseits aufgrund von mehr Heimbewohnern. Diese Zunahme macht in etwa CHF 0.5 Mio. aus. Im Bereich der sozialen Sicherheit rechnen wir mit einer Kostenzunahme von ca. CHF 1.9 Mio. Das ist einerseits auf die Zunahme der Sozialhilfe zurückzuführen. Wir haben aktuell so viele unterstützte Personen wie noch nie. Zusätzlich ist in dieser Funktion auch die Übernahme der Ergänzungsleistungen im Alter abgebildet. Diese werden seit dem Jahr 2016 vollständig durch die Gemeinde getragen und haben eine Kostenzunahme von CHF 1.3 Mio. zur Folge. Im Bereich Finanzen und Steuern ist die entsprechende Kompensation abgebildet. Die funktionsübergreifende Nettobelastung im Bereich soziale Sicherheit beträgt CHF 0.9 Mio. Im Bereich Finanzen und Steuern rechnen wir mit einer Verbesserung von CHF 6.2 Mio. Einerseits fallen mehr Steuererträge im Umfang von CHF 2.3 Mio. an. Andererseits fällt der Finanz- und Lastenausgleich aufgrund der Kompensationszahlungen für HarmoS und die Ergänzungsleistungen im Alter um CHF 1.5 Mio. besser aus. Zusätzlich waren im Jahr 2015 noch eine Rückstellung für die Pensionskasse von CHF 0.85 Mio. und eine Sonderabschreibung des Pensionskassenbilanzfehlbetrages von CHF 1.6 Mio. verbucht gewesen.

Insgesamt weist unser Budget für das Jahr 2017 ein Defizit von CHF 1.8 Mio. aus. Das ist um CHF 370'000 schlechter als im Vorjahr.

Im Bereich der Investitionsrechnung fallen Investitionen im Umfang von CHF 5.3 Mio. an. Dieser Betrag liegt wesentlich tiefer als in den Vorjahren. Das ist begründet mit dem Abschluss des Baus der neuen Schule Gartenhof. Im Budget 2017 sind für die Schule Gartenhof noch CHF 2.3 Mio. enthalten. Dabei handelt es sich um Schlusszahlungen, die sich bis ins Jahr 2017 hinauszögern können. Wenn man die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Bereiche anschaut, dann ergibt sich folgendes Bild: Auch im 2017 entfällt der grösste Teil der Investitionen auf den Bildungsbereich mit dem Abschluss der Schule Gartenhof sowie mit der Sanierung der Schulhäuser Neuallschwil und Schönenbuchstrasse.

Kommen wir zu den Spezialfinanzierungen. Im Budget 2017 sind keine Gebührensenkungen vorgesehen. Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung erwirtschaftet trotz der Gebührensenkungen im Jahr 2016 noch einen Gewinn von über CHF 1.2 Mio. diese Gewinne sind notwendig, um genügend Eigenkapital für die bevorstehenden Investitionen zur Verfügung zu haben. Viele von den Investitionen in der Planperiode stehen im Zusammenhang mit der Sanierung der Baslerstrasse durch den Kanton. Sollte sich diese weiter verschieben, so muss der Gemeinderat die Gebühren nochmals beurteilen und gegebenenfalls weitere Senkungen vornehmen. Die Spezialfinanzierung Abwasser verfügt aktuell über eine Überkapitalisierung. Die geplanten Defizite sind gewollt, um diese abzubauen. Werden die Investitionen durch den Kanton für die Baslerstrasse weiter verschoben, so muss der Gemeinderat weitere Gebührenreduktionen in Betracht ziehen. Wie sie sich sicherlich erinnern können, hat die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung im Jahr 2015 eine Rückerstattung von den IWB für zu hohe Gebühren von über CHF 2 Mio. erhalten. Die nun vorgesehenen Verluste dienen dem Abbau von überflüssigem Eigenkapital.

Fazit: Das Kostenwachstum ist aktuell grösstenteils demografisch begründet. Das wird in den nächsten Jahren so bleiben. Der finanzpolitische Spielraum der Gemeinde Allschwil nimmt weiter ab, dies insbesondere, weil die Grundleistungen Bildung und Versorgung im Alter die Finanzierung von ungebunden Ausgaben einschränken. Die Notwendigkeit, Prozesse und Strukturen zu überdenken, wird auch in den Folgejahren ein Dauerauftrag bleiben. Das wird in den kommenden Jahren Anstrengungen von uns allen verlangen: vom Gemeinderat, von der Verwaltung und vom Einwohnerrat. Packen wir es an!

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, steht die Fireko dem Geschäft positiv gegenüber. Die Verwaltung und der Gemeinderat haben auch hier sehr gute Arbeit geleistet. Man sieht das auch daran, dass es relativ wenige Budgetanträge gegeben hat. Wie vorhin schon erwähnt, hat der Kanton den Pendlerabzug nicht zugelassen und den Selbstbehalt bei den Krankheits- und Unfallkosten auch abgelehnt, wodurch die Gemeinde eine Verminderung ihrer Einnahmen auf der Steuerseite hat, was den Betrag von CHF 1.8 Mio. natürlich noch erhöhen wird. Das angesprochene strukturelle Defizit ist also real und wird grösser. Wir haben noch zwei kleinere Punkte gefunden, die man monieren könnte. Dies betrifft einmal den Feuerwehrverbund. Dort ist ein Entscheid gefallen, der die Einnahmenseite verändern wird, aber dies ist nicht namhaft. Zu Diskussion führte, wie vorhin schon gehört, der Lindenplatz. Dort muss die Fireko einfach festhalten, dass eine Planung, die der Rat in Angriff genommen hat und die nicht bestritten ist, von Gesetzes wegen ins Budget aufgenommen werden muss. Es ist vielleicht traurig, dass wir nicht bessere Zahlen haben. Aber dort ist man offensichtlich noch nicht soweit, also sind die bestehenden Zahlen die besten, die man hat. Fakt ist, dass es eben nur planerische Zahlen sind, nicht genehmigte Zahlen. Damit ist also nichts festgelegt, sondern es ist die Absicht, dass man hier investieren will, dokumentiert, und es ist rechtlich verbindlich, dies zu tun.

Ich möchte noch einige Grafiken zeigen. Wir sehen hier einerseits die sich verändernden Altersschichten seit 2007: Die blaue Kurve zeigt die Einwohner unter 20 Jahren, deren Zahl relativ stark zunimmt im Verhältnis zu den anderen, und zwar um etwa 10 Indexpunkte in dieser Periode. Darüber sieht man den ordentlichen Aufwand und den ordentlichen Ertrag. Der Ertrag liegt meistens über den Ausgaben. Diese Entwicklung ist relativ gut und widerspricht auch den Budgets, die oft negativer waren als die effektiven Resultate. Dies unterstützt den Eindruck gesunder Gemeindefinanzen. Aber das hohe Defizit, das man jetzt hat, könnte zu einem Problem werden. Auf der nächsten Folie sieht man bei der Gegenüberstellung Jugend – Bildung eine Pendelbewegung. Die Kosten sind einer relativ grossen Schwankung unterworfen. Man kann aber nicht von einer tendenziellen Zunahme sprechen. Es ufert nicht aus. Die grossen Schwankungen hängen auch mit den Investitionen in Gebäude zusammen. Auf der folgenden Grafik sieht man die Gegenüberstellung allgemeine Wohlfahrt – allgemeine Bevölkerung. Die Bevölkerung nahm um 10 % zu, die Kosten der allgemeinen Wohlfahrt steigen von 100 % auf 150 %. Wir haben also eine starke Zunahme und generell eine steigende Tendenz. Das wird ein fester Bestandteil unserer Kosten bleiben, den wir auch nicht wegsparen können. Die nächste Grafik stellt die Verwaltung und die Bevölkerung gegenüber. Hier kann man von einer wirklich ausgewogenen Entwicklung sprechen. Bevölkerung und

Verwaltung wachsen in einem ähnlichen Ausmass. Wir sind hier gut aufgestellt und haben gute Kontrollmechanismen. Die nächste Grafik stellt die Zahl der über 65-Jährigen und die Gesundheitskosten gegenüber; es heisst ja immer, dass diese korrelieren. Basierend auf dem Index 2007 ist festzustellen, dass irgendetwas passiert ist; ich habe allerdings noch nicht herausgefunden, was dies war. Die Kostenentwicklung von 2011 nach 2012 geht kontinuierlich hoch und hat, direkt gesehen, nichts mehr mit der Bevölkerungszunahme als solcher zu tun. Da ist sicher ein Potenzial, das man anschauen muss: Warum passiert das, wie wird sich das weiterentwickeln? Auch das ist ein Effekt, den wir wahrscheinlich nicht nur mit Sparmassnahmen in den Griff bekommen. Die neu von der Gemeinde zu übernehmenden Ergänzungsleistungen werden hier auch noch Schwierigkeiten machen. Wir haben auch hier ein strukturelles Problem, das wir nicht einfach wegdiskutieren können. Hier braucht es aber noch Arbeit, um herauszufinden, wie man die Entwicklung erklären kann. Die nächste Folie stellt die Erträge der natürlichen Personen dar. Hier gab es in den letzten Jahren einen Sprung. Es wäre jedoch wahrscheinlich vermessen, diesen einfach hochzurechnen und anzunehmen, es werde künftig so weitergehen. Wir mussten auch eine Korrektur vornehmen, weil wir den erhofften Vorsprung bei den Steuereinnahmen nicht erzielen konnten. Die Erträge nehmen nicht in dem Mass zu, wie es sie Ausgaben tun.

Dies alles bringt die Fireko zur Annahme, dass man für das kommende Jahr zwar noch mit dem vorgeschlagenen Budget über die Runden kommt, weswegen wir auch dem Antrag des Gemeinderates folgen. Tendenziell ist es aber sehr bedenklich. Wir werden unsere Eigenmittel angreifen müssen. Wir müssen das strukturelle Defizit lösen. Das geht nicht einfach nur mit Wegsehen.

Allgemeine Aussprache

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage bezüglich dem Walmerhaus. In welcher Budgetposition sind die anfallenden Unterhaltskosten aufgelistet? Ich habe es leider nicht gefunden.

Franz Vogt, Gemeinderat: Es ist auf S. 70, Position 9630.3144, Unterhalt Hochbauten. Von den CHF 27'000 sind für den Dorfplatz 3 CHF 12'000 eingesetzt. Das ergibt sich aus dem Detailbudget.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.2

Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend
Konto 3010; Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Geschäft 4309B.4

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Erstens, dieser Budgetantrag verlangt eine Korrektur eines Einwohnerratsbeschlusses vom Dezember 2015 und somit keine Lohnerhöhung im eigentlichen Sinn. Zweitens: Unsere Wirtschaft lebt vor allem vom Konsum. Es ist daher nicht angebracht, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Konsumkraft natürlicher Personen zu schwächen. Drittens: Um dem strukturellen Defizit der Einwohnergemeinde Allschwil zu begegnen, brauchen wir als Arbeitgeber motiviertes Personal, das sich genauso wie alle anderen – Arbeitgeber, Steuerzahler und juristische Personen – auch in schwierigen Zeiten für ein lebenswertes Allschwil einsetzt. Viertens: Die Pensionskassensanierung durch die Arbeitgeberbeitragsreserve, die der Einwohnerrat im August beschlossen hat, sollte hier nicht als Argument dienen, die Löhne nicht wieder auf 100 % zu bringen. Dieser Entscheid war von allen befürwortet worden: Vorsorgekommission, Delegierte der PK BL, Gemeinderat und Einwohnerrat. Hätten wir wirklich anders entschieden, wenn im letzten Dezember keine Lohnsenkung beschlossen worden wäre? Fünftens: Der Gemeinderat hat sich vor Jahresfrist noch gegen diese Lohnsenkungen gewehrt. Jetzt möchte er laut den Empfehlungen zu den Budgetanträgen diese Lohnsenkung beibehalten. Das stösst wahrscheinlich nicht nur beim betroffenen Personal auf Unverständnis. Auch wir von der SP-Fraktion sind dies wegen ziemlich konsterniert. Zum Schluss noch eine Bemerkung: Die Löhne des Personals im öffentlichen Dienst sollten, wenn überhaupt, in einer Lohngesetz-Revision oder in einer sogenannten Systempflege, wie sie Basel-Stadt durchführte und die über Jahre dauert, behandelt werden. Sie sollten jedoch nicht zum Gegenstand von Sparbemühungen werden. Ich bitte Sie inständig, diesem Budgetpostulat zuzustimmen. Das Personal von Allschwil wird Ihnen danken.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Man muss kurz zurückblenden auf die Diskussionen, die wir letztes Jahr führten. Wir hatten damals einen Antrag des Gemeinderates auf dem Tisch, der den Stufenanstieg bei den Löhnen des Personals auf zwei Jahre sistieren wollte. Wir fanden, dies sei keine gute Massnahme, weil sie sich sehr ungleich auswirken würde. Es gab Einzelne, bei denen der Lohn innerhalb dieser zwei Jahre um bis zu 8 % zurückgegangen wäre, andere hätte es weniger getroffen, je nachdem, wo sie in der Lohnkurve stehen. Als Kompromiss und mildere Massnahme hat man dann die 1-prozentige allgemeine Lohnkürzung beschlossen, während man den Stufenanstieg weiterhin gewährte. Auch dieses Jahr wird der Stufenanstieg wieder gewährt. Das macht für alle innerhalb dieser zwei Jahre mindestens das eine Prozent aus. Dazu kommt, dass wir eine rückläufige Teuerung haben, die man nicht zulasten des Personals ausgleicht. Allein seit Ende 2014 ist die Teuerung um 1.5 % im Minus. Damit liegen wir mit dem einen Prozent Lohnkürzung immer noch im Plus. Darum ist es gerechtfertigt, diese Massnahme nicht zurückzunehmen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Dies ist für den Gemeinderat kein einfacher Moment, wie es schon vor einem Jahr ein schwieriger Moment war. Wir hatten Ihnen letztes Jahr einen anderen Vorschlag unterbreitet, wie man auch aufseiten des Personals einen Beitrag zur finanziellen Situation leisten könnte, nämlich mit der Sistierung des Stufenanstiegs. Der Einwohnerrat hat dann in einer nicht ganz einfachen Diskussion einen anderen Weg vorgeschlagen und auch beschlossen, nämlich die Lohnsenkungen um ein Prozent. Heute ist die Situation für den Gemeinderat nicht wirklich besser. Wir befinden uns immer noch in einer angespannten Finanzlage und sehen daher nicht wirklich einen Grund, auf diesen Entscheid noch einmal zurückzukommen. Darum beantragen wir Ihnen die Ablehnung dieses Budgetpostulats, wir tun das aber nicht mit Freude. Ich möchte damit klar sagen: Wir schätzen das Personal, wir sind auf das Personal angewiesen. Aber die Finanzlage ist jetzt leider einfach so, dass wir seitens des Gemeinderates nicht zurückkommen möchten.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Wie Sie wissen, war ich letztes Jahr ganz klar nicht für diese Lohnkürzung, obwohl die SVP-Fraktion, ausser mir, dafür gestimmt hat. Ich hatte klar gesagt, beim Verwaltungspersonal dürfe man nicht sparen. Nun hatten wir diese Lohnsenkung für ein Jahr, und wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass man den Budgetantrag nicht annehmen sollte. Wir mussten jetzt in diesen sauren Apfel beißen, auch ich. Herr Häuptli hat gut erklärt, wie sich das mit dem Lohnstufenanstieg verhält, den es immer noch gibt. Es tut mir wirklich leid für das Personal. Aber ich finde diesen Antrag jetzt sehr schlecht. Wie Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli sagte, haben wir eine schlechte Finanzlage. Wir von der SVP-Fraktion werden dem Antrag nicht zustimmen; eventuell werden sich eines oder zwei Mitglieder enthalten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Herr Häuptli hat in seinem Votum die Diskussion vom vergangenen Jahr zusammengefasst, wie sie die FDP-Fraktion im Grossen und Ganzen auch sieht. Im September, als es um die Ausfinanzierung der Pensionskasse ging, haben wir zugunsten unseres Personals entschieden und gesagt, nachdem sie gerade eben eine Lohnkürzung hinnehmen mussten, wollen wir sie nicht noch weiter belasten. Darum zahlen wir als Arbeitgeber die Ausfinanzierung selber. In einer anderen Situation wäre die Wahrscheinlichkeit, dass es dort eine gewisse Beteiligung des Personals gegeben hätte, sehr hoch gewesen. Entgegen dem Votum von einem Morat wäre die Rücknahme des Beschlusses natürlich eine Lohnerhöhung und nichts anderes. Die Finanzlage der Gemeinde lässt es einfach nicht zu, dass wir eine Lohnerhöhung gewähren. Dies wird auch das strukturelle Defizit erhöhen, gegen das wir arbeiten müssen, wie wir heute Abend schon wiederholt gehört haben. In der Begründung des Budgetpostulats wurde noch darauf hingewiesen, dass die Kindergärtnerinnen in eine neue Lohnklasse kommen. Darauf hat die Gemeinde keinen Einfluss; es ist der Kanton, der das beschlossen hat, und nach meinem Wissen beruht dies auf einem Gesichtsentscheid. Ich finde es eigentlich schade, dass wir jetzt schon nach einem Jahr wieder über den Lohn des Personals diskutieren, nachdem wir uns doch vor einem Jahr im ganzen Rat einig waren, dass der Personallohn nicht zum Spielball der Politik werden soll.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Auch wir haben das Thema lang und breit diskutiert. Wir möchten auch an dieser Stelle den Mitarbeitern der Gemeinde für ihren tagtäglichen Einsatz herzlich danken. Es ist eben leider so, dass das Budget jetzt noch schlechter aussieht als letztes Jahr. Die CVP möchte die Arbeit, die geleistet wird, gut honorieren. Wir müssen aber auch schauen dass wir wieder auf schwarze Zahlen kommen. Das können wir aber nicht, wenn wir diesem Budgetpostulat zustimmen. Wir werden aber die ersten sein, die die Löhne wieder anheben, wenn die Zahlen wieder besser aussehen, und wir hoffen, dass dies in baldiger Zukunft der Fall sein wird. Die CVP wird dem Budgetantrag nicht zustimmen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Einfach zu sagen, wir wollen darüber nicht politisieren, wie dies Kathrin Gürtler getan hat, geht natürlich nicht. Wir haben letztes Jahr politisiert, und wenn uns dies ein wichtiges Anliegen ist, dann bringen wir es dieses Jahr wieder. Man soll das nicht einfach unter den Tisch

wischen. Zweitens: Es wurde vom Finanzverwalter und vom Präsidenten der Fireko klar gesagt, woher das strukturelle Defizit kommt. Es ist nicht die Verantwortung der Gemeindeangestellten, dass es mehr Kinder in der Gemeinde hat und mehr ältere Leute, die hohe Kosten aufwerfen. Das sind Probleme, die wir lösen müssen, aber nicht, indem wir Anderen Geld wegnehmen. Wir müssen auch schauen, ob sich bei den Einnahmen etwas machen lässt, wozu wir ja auch einen Antrag gestellt haben. Die Altersstruktur, sei dies bei den ganz Jungen oder bei den ganz Alten, hat nichts mit dem Personal zu tun.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich spreche jetzt nicht als Fireko-Präsident. Ich finde es bedenklich wenn man das strukturelle Defizit heranzieht, um den üblichen Schluss zu machen, den auch die Wirtschaft oft macht: Wir haben zu wenig Einnahmen, also sparen wir beim Personal. Das kann nicht der richtige Weg sein, und es ist oft genug in der Wirtschaft bewiesen worden, dass dies nicht der richtige Weg ist. Es muss ein ausgewogener Massnahmenkatalog da sein, nicht ein einseitiger. Wenn man bedenkt, dass es noch eine Menge anderer Gemeinden gibt, die das gleiche Problem haben wie wir, ja sogar noch schärfer, und dass sie alle dieses eine Prozent nicht abgezogen haben, dann dünkt mich das doch ein Hinweis darauf zu sein, dass das eine sehr unübliche Massnahme war.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich möchte noch einen anderen Aspekt dieser ganzen Diskussion aufzeigen. Der Arbeitgeber Gemeinde Allschwil war in letzter Zeit des Öfteren negativ in den Schlagzeilen. Es war von speziellen Kündigungen die Rede, von Abgängen bei den Kaderangestellten, dann kam noch diese Lohnsenkungen ohne Not, und bei den Mitarbeiterumfragen war von einem Klima der Angst die Rede. Nun stellen Sie sich einmal vor, Sie suchen eine Stelle: Wie attraktiv wäre der Arbeitgeber Allschwil für Sie? Diese Frage müssen Sie sich stellen, wenn es jetzt darum geht zu überlegen, möchte man nach aussen ein Signal geben und sagen: Doch, wir wollen ein attraktiver Arbeitgeber sein und wir korrigieren den Entscheid vom letzten Jahr und setzen das eine Prozent wieder hoch. Wir brauchen in Zukunft motivierte Leute. Es kommen grosse Herausforderungen auf uns zu. Mit demotivierten Leuten schaffen wir das nicht. Da wird sehr wahrscheinlich eine Menge Geld verloren gehen, was mit motivierten Leuten, die ihre ganze Fantasie und Energie für ein besseres Allschwil aufwenden, nicht der Fall wäre. Darum bitte ich Sie, Ihren Entscheid nochmals zu überdenken und dem Antrag zuzustimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zu Andreas Bammatter: Es war letztes Jahr eure Aussage, dass hier drinnen nicht mehr mit dem Angestelltenlohn Ball gespielt werden soll. Jetzt tut ihr es doch wieder. Zweitens: Wir sollten gewisse Sachen nicht miteinander vermischen. Drittens: Ich würde mit euch einig gehen, wenn es so wäre wie in Basel-Stadt, wo Frau Herzog 185 Millionen plus schreibt und dann immer noch nicht zurückkommen will. Dann würde ich auch sagen, da stimmt etwas nicht. Aber wir schreiben immer noch tiefrote Zahlen. Solange das der Fall ist, geht es nicht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Danke für den Hinweis, Simon Zimmermann, aber es ist eben so, dass wir diesen Ball gar nicht aus dem Schrank hätten nehmen wollen. Er hätte drin bleiben sollen. Was wir wollen, ist einfach nur, den Angestellten das wieder zurückzugeben, was ihnen gehört. – Ich möchte noch an Folgendes erinnern: Der Gemeinderat wollte ja den Stufenanstieg sistieren. Als dann im Einwohnerrat stattdessen die 1-prozentige Lohnkürzung diskutiert wurde, hat die Gemeindepräsidentin vehement das Personal verteidigt, indem sie sagte, das gehe nicht. Lohnstufenanstieg sistieren ja – aber Lohnkürzung niemals! Sie erhielt dafür von hinten frenetischen Applaus. Es stört mich, dass davon jetzt in den Erläuterungen des Gemeinderates nicht mehr die Rede ist, sondern dass es nur noch heisst: Sorry, wir haben dieses Defizit und da können wir jetzt nichts anderes machen.

Philippe Adam, Präsident: Mir liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung mit acht Unterschriften zum Budgetpostulat 4309B.4 vor.

Abstimmung

Folgende Einwohnerräte stimmen Ja:

Aellen Mark, Bammatter Andreas, Chapuis Nicolas, Grange Barbara, Hess Lukas, Keller Ueli, Lautenschlager Patrick, Maurer Simon, Meisel Maya, Morat Niklaus, Stierli Beatrice, Stocker Arnet Christian, Wagner Semra, Winter Etienne und Winter Jean-Jacques.

Folgende Einwohnerräte stimmen Nein:

Adam Philippe, Bärtsch Andreas, Balsiger Sonjic Rahel, Benz-Ziegler Mirjam, Gruber Markus, Gürtler Kathrin, Häuptli Matthias, Hintermeister-Goop Roman, Imhof René, Kellermann Christian, Kneubühler Patrick, Krieger Ursula, Mollat Jérôme, Pozivil Urs, Roth Evelyne, Ruckstuhl Christoph, Schaltenbrand-Kovacs Kathrin, Spiegel Florian, Vogt Henry, Waldner Jörg und Zimmermann Simon.

Enthaltung: Uccella-Klauser Pascale

Abwesend und entschuldigt: Adam Rolf, Gosteli Julia, Widmer Andreas

://:

Der Budgetantrag 4309B.4 wird mit 21 Nein zu 15 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.3

Budgetantrag von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend
Entwicklung Begegnungs- & Spielplatz am Tulpenweg, Geschäft 4309B.7

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das Interesse, das hinter diesem Antrag steht, ist, dass wir die Bevölkerung von Allschwil handfest, herzfest und kopffest an der Entwicklung der Gemeinde beteiligen wollen. Der Ort, der hier genannt wird, entspricht dem Wunsch unserer gesamten Fraktion. Der Ort zwischen der Tramhaltestelle Kirche und dem Tulpenweg bei der Parkallee ist ein Unort, ein namenloser Unort. Ich erlaube mir, Ihnen kurz vorzulesen, was über diesen Unort im Freiraumkonzept steht: „Der ehemalige Spielplatz am Tulpenweg hat heute leider keine eindeutige Funktion mehr. Der Spielplatz Tulpenweg ist heruntergekommen und es fehlen jegliche Ausstattungen. Die Zugänge sind über die Steinplatten nicht klar und der gesamte Freiraum verschliesst sich gegenüber den anderen Flächen. Hier fehlt eine klare Vorstellung, was mit dem Freiraum am Tulpenweg werden soll.“ Ich finde, wenn wir schon ein Freiraumkonzept haben und einen solchen entwicklungsbedürftigen Platz, dann sollte man auch etwas tun. Was ich vorschlage, ist zusätzlich noch ein Instrument, das man hier einsetzen könnte. Das Instrument heisst IBA KIT, es ist in meinem Budgetantrag bestens beschrieben und auch mit bereits existierenden Beispielen bildlich und wörtlich vorgestellt. Ich kann mir daher Einzelheiten ersparen. Ich habe dieses Anliegen deshalb als Budgetantrag vorgebracht, weil es auch mit einem finanziellen Aspekt verbunden ist. Die CHF 20'000 einmalige Projektkosten sollen den professionellen Einsatz dieses IBA KIT ermöglichen. Dieser professionelle Einsatz würde zusätzlich noch die Gemeindeverwaltung von dieser Arbeit entlasten. Ich freue mich, wenn Sie diesem Antrag zustimmen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Von Spielen kann auf diesem Platz keine Rede mehr sein. Er ist heute Niemandland. Es sind jetzt Ideen gefragt, um diesen Platz wieder zum Leben zu erwecken. Wir finden den Vorschlag mit dem IBA KIT eine gute Idee. Mit dem IBA KIT ist ein partizipativer Prozess vorgesehen. Das ist aus unserer Sicht sehr wichtig, weil dann alle Beteiligten einbezogen werden und die eingebrachten Ideen tragfähig sind. Die Begründung, mit der der Gemeinderat beantragt, den Antrag zurückzuweisen, finden wir nicht sehr stichhaltig. Eine temporäre Personalvakanz und die Gefahr von Vandalismus überzeugen uns nicht. Denn wenn die Gemeinde weiterhin nach diesem Lösungsansatz arbeitet, alles wegzuräumen, was irgendwann von Vandalismus betroffen sein könnte, dann sehen bald einmal alle Plätze so aus wie der bei der Kirche. So ist es auch dem WC beim Lindenplatz ergangen. Man schliesst einfach alles oder räumt es weg. Das steht einer Gemeinde wie Allschwil mit 20'000 Einwohnern schlecht an. Darum bitte ich, mit dem Budgetantrag zuzustimmen.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Wir von der sie CVP-Fraktion fanden auf den ersten Blick, das sei eine ausgezeichnete Idee und wäre auch mit CHF 20'000 sehr günstig. Wir sind aber auch überzeugt, dass es nicht bei diesem CHF 20'000 bleiben wird. Wir glauben nicht, dass die Anwohner und andere Bewohner von Allschwil bereit sind, so viel Arbeit hier hineinzustecken, und wir befürchten darum, dass die Arbeit nachher bei der Gemeinde hängenbleibt und dort weitere Kosten auslöst. Zum Zweiten hat es in unmittelbarer Nähe, mit dem Trämli-Spielplatz, einen super tollen Spielplatz für die Begegnung von Jung und Alt. Wir denken, dieser Spielplatz reicht im Moment aus. Wir werden den Budgetantrag ablehnen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Persönlich könnte ich den Ausführungen von Ueli in Bezug auf Freiraumkonzept etc. zustimmen. Als Fraktion sind wir aber generell der Meinung, dass man dort mit dem Einsatz von CHF 20'000 eine Fehlinvestitionen tätigen würde, die den Mangel nicht wettmachen könnte. – Zudem: Wenn ich es richtig verstanden habe, würden wir CHF 20'000 für diesen Container sprechen, aber dieser würde dann uns nicht gehören, sondern er wird irgendwann wieder weggeräumt. Das fände ich ehrlich gesagt investitorischen Blödsinn.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir lehnen diesen Budgetantrag ab. Ich persönlich stelle mir aber die Frage, ob es nicht ein guter und gangbarer Weg wäre, wenn Ueli schauen würde, ob er ihn Allschwil Sponsoren auf privater Basis findet. Da könnte man sicher den einen oder anderen finden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: „Vor langer, langer Zeit...“, so fängt manche Geschichte an, auch die von diesem Platz. Auf diesem Platz hatte es Bänke, links eine Spielgruppe, rechts eine Kinderarche, rechts zwei Kindergärten. Auf den Bänken trafen sich Grosseltern und Eltern, um auf ihre Zwerglein zu warten. Es hatte eine Rutschbahn, eine Schaukel eine Gigampfi, einen Kletterturm. Mit der Zeit ging es darum, dass man diese Spielgeräte hätte überholen sollen. Der damalige Gemeinderat – das waren nicht die Dame und die Herren, die jetzt da vorne sitzen – fand, statt die Geräte zu renovieren oder zu ersetzen räumen wir sie weg. Es ging ein Gerät weg, dann ein zweites, der Tisch kam weg, dann wurden die Bänke abgeräumt. Heute ist der Platz, aus Spargründen, eine Wüste aus Betonplatten. Und wo befindet sich dieser Platz? Es hat dort zwei Kirchen, die erste Bushaltestelle vom Bahnhof her, nebenan die Spitex, eine Schule, zwei Kindergärten, und es geht ein Fussweg zum Alterszentrum: Dieser Platz wird gesehen. Er ist ein Schaufenster von Allschwil. Ich denke, niemand von uns würde in eine Gartenwirtschaft gehen, in der es keine Tische hat, keine Stühle und kein Schattenplätzchen. Darum wird dieser Platz nicht genutzt. Ich finde es einfach schade, dass man nicht daran denkt, dass man da etwas ganz Tolles beseitigt hat, damals schon vor 12 Jahren. Am Bericht des Gemeinderates hat mich die Bemerkung sehr aufgeschreckt, dass die nötigen Ressourcen fehlten, womit hier gemeint ist, dass die Personen fehlen, wie sich die Sache im Auftrag des Gemeinderates und des Einwohnerrates anschauen könnten. Das scheint mir eine sehr gefährliche Sache zu sein. Wenn immer dort jemand fehlt, wo der Einwohnerrat etwas geändert oder umgesetzt haben möchte, dann erreichen wir am Ende gar nichts mehr.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wenn wir uns daran erinnern, was wir vorhin über Demografie gehört haben, und danach eins und eins zusammenzählen, dann können wir davon ausgehen, dass der Bedarf für diesen Platz vorhanden ist. Wenn wir uns anschauen, was wir sonst ausgeben für die Betonierung von Strassen, sei es bei Kanton oder Gemeinde, dann reden wir nicht von CHF 20'000, sondern von Millionenbeträgen. Man sollte doch einmal ein bisschen kreativ sein und den Menschen die Gelegenheit geben, etwas dafür zu tun, dass sie sich hier wohl fühlen. Selbstverständlich ist der Trämli-Spielplatz ein Vorzeigeeobjekt. Aber er ist auf der anderen Seite der Baslerstrasse. Und wir wissen, dass über kurz oder lang auch der grüne Fleck bei der Spitzwaldstrasse wegfällt. Wenn man jetzt in den Tulpenweg investiert, dann ist er parat, wenn es an der Spitzwaldstrasse so weit ist.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich denke, dieser Antrag ist abgelehnt. Trotzdem möchte ich noch drei Sachen sagen. Erstens: Wir machen uns lächerlich, wenn wir eine Einwohnerbefragung durchführen, wenn dort genau der Wunsch, der in meinem Budgetantrag formuliert ist, geäussert wird, wenn es zudem eine Chance gibt, dies zu verwirklichen, und wir es dann trotzdem nicht realisieren. Zweitens, und das meine ich nicht zynisch: Eine Option wäre für mich auch, dort einen Parkplatz oder ein Parkhaus für Autos zu erstellen. Wir haben viel zu wenige Parkplätze in Allschwil. Aber tun wir doch etwas mit diesem Platz und lassen wir ihn nicht als Unort bestehen. Drittens: Die einmaligen CHF 20'000 für das IBA KIT werden für das Bewirtschaften des Prozesses erhoben, der dazu führen soll, dass etwas entsteht, was die Bevölkerung will. Und es bleibt anschliessend etwas bestehen von diesem IBA KIT; das ist auf den Fotos auf meinem Antrag ersichtlich. Zum Letzten: Ich werde das Thema Beteiligung der Bevölkerung an der Gemeindeentwicklung wieder bringen. Und ich für mein Teil werde die Ergebnisse von Befragungen ernst nehmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe vorhin etwas vorzulesen vergessen aus dem Freiraumkonzept: „Insgesamt macht die Anlage einen sehr heruntergekommenen Eindruck. Pflege und Instandstellung scheinen teilweise ausgesetzt worden zu sein. Die Spielgeräte wurden abmontiert. Damit wird er weder als freier Raum wahrgenommen noch genutzt.“

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich war bei der Erarbeitung des Freiraumkonzepts dabei. Die Damen und Herren der externen Beratung sagten, man müsse selbstverständlich nicht sofort alles

bereinigen, und sie sähen auch, dass Allschwil finanziell nicht so gut dastehe. Man solle so viel wie möglich im Rahmen des normalen Unterhalts einfließen lassen. Sonst könne man auch zuwarten, bis es der Gemeinde wieder besser geht.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Bevor hier eine Diskussion über einen Parkplatz oder gar ein Parkhaus aufkommt, möchte ich darauf hinweisen, dass sich unter diesen Platz eine Zivilschutzanlage befindet. Und mit der Bemerkung, der Platz sei namenlos, fühle ich mich als Flurnamenforscher angegriffen. Der Platz dort in der Nähe heisst „Alte Breite“.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Zum Votum der CVP-Fraktion, man könne ja auf den Trämli-Spielplatz ausweichen: Das ist gut und recht, aber auch bezüglich dieses Platzes empfiehlt das Freiraumkonzept, dass man ihn bei der nächsten Sanierung besser gestalten soll, um den Ansprüchen der Bevölkerung gerecht zu werden. Wenn man das Freiraumkonzept insgesamt anschaut, dann sieht es eigentlich bei allen öffentlichen Plätzen so aus. Darum bitte ich Sie nochmals, sich zu überlegen, ob man diese Chance wirklich versenken sollte.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Wir sind als Fraktion nicht dagegen, dass dort etwas unternommen wird. Diese Kiste ist einfach falsch dort. Aber etwas unternehmen kann man gerne. Ausserdem hat es ja letztes Jahr einmal geheissen, dass, wenn das Bettenacker verkauft wird, dort ein grosszügiger Spielplatz angelegt wird. Dann hätten wir auf dieser Seite ja einen Spielplatz.

Abstimmung

://:

Der Budgetantrag 4309B.7 wird mit 20 Nein zu 16 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.4

Budgetantrag von Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 9630.4430; Pacht- und Mietzinse Liegenschaften FV, Geschäft 4309B.1

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die umfassende Beantwortung unseres Budgetantrags. Die Antwort ist sehr aufschlussreich. Man kann daraus zum Beispiel erkennen, dass die Gemeinde unter der Leitung der Hauptabteilung Hochbau seit 2013 sich damit befasst, die Klarastrasse 4 zu verkaufen. Ich bin der Meinung, das ist eine ausserordentliche Leistung, in einer Zeit der Tiefzinspolitik, in welcher Liegenschaften normalerweise weggehen wie warme Weckli. Ebenfalls ist seit dem 9.6.2013 bekannt, dass Allschwil per August 2016 ein neues Schulhaus erhält. Damit war auch klar, dass die Schulhäuser Gartenhof und Bettenacker einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Wir haben uns heute schon darüber enerviert, dass man schon ein Jahr lang Zeit hatte, sich das zu überlegen. Dem ist aber nicht so. Es sind jetzt schon bald vier Jahre, dass der Gemeinderat unter dem Lead der Hauptabteilung Hochbau Zeit hatte, sich zu überlegen, was für eine Nachnutzung für diese Häuser infrage kommt. Mit Nachnutzung meine ich nicht die Frage, ob man sie behalten oder verkaufen soll, sondern dazu gehört auch eine Zwischennutzung. Und eine Zwischennutzung aufzubauen, heisst nicht nur, wie in der Beantwortung steht, mit einem bekannten Anbieter von Zwischennutzungen ein Gespräch zu führen, und wenn dieser sagte, es gehe nicht, einfach die Segel zu streichen. Aktuell stehen diese Liegenschaften leer. Grob über den Daumen gepeilt wage ich zu behaupten, dass uns das pro Jahr Vollkosten verursacht von etwa einer Viertelmillion Franken. Die Gemeinde Allschwil braucht Geld. Und dieses Geld steht hier in der Gemeinde. Aber es liegt brach. Nein, noch schlimmer: Es kostet. Mit dem Budgetantrag der FDP-Fraktion auf Erhöhung der Mietzinsen für Liegenschaften um rund eine halbe Million setzt der Einwohnerrat ein klares Zeichen, dass er mit dem jetzigen Zustand nicht einverstanden ist, und er erteilt den Zuständigen im Gemeinderat und in der Verwaltung den Auftrag, die notwendigen Schritte im Jahr 2017 unverzüglich einzuleiten, um einer nachhaltigen Zwischennutzung dieser Liegenschaften nachzukommen. Wir danken Ihnen für Ihre Zustimmung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist schon so, dass wir nicht ganz einverstanden sind mit der Argumentation der FDP-Fraktion. Wie heute Abend auch schon erwähnt, haben wir bezüglich des Schulhauses Bettenacker schon Gespräche geführt. Wir haben uns auch überlegt, was man mit der Heizzentrale anfangen sollte, an die diverse Häuser in der Nachbarschaft angeschlossen sind. Wir haben auch Gespräche mit dem Zwischennutzer „Unterdessen“ geführt, aber die von dort vorgeschlagene Zwischennutzung würde die Gemeinde sogar Geld kosten. Wir bedauern ausserordentlich, dass es nicht anders ging. Wir haben auch mit dem Kanton diverse Gespräche geführt. Es stand lange Zeit auf der Kippe, ob der Kanton eine Miete in den beiden hinteren Blöcken des Schulhauses zahlen würde, weil er Platz suchte für die Sekundarstufe II. Im Endeffekt war es aber dann nicht möglich, die entsprechende Schule hierher zu verlegen. Auch das bedauern wir sehr. Wir hatten Ihnen im Januar Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir mit den beiden Schulhäusern Bettenacker und Gartenstrasse umgehen möchten. In der Immobilienstrategie ist das ganz genau beschrieben. Sie werden diese demnächst zugestellt bekommen. Bei der Klarastrasse 4 ist es so, dass wir kurz vor dem Abschluss stehen. Wir können diese Liegenschaft verkaufen. Es gibt nur noch zwei, drei Kleinigkeiten zu erledigen. Aus diesen Gründen beantragt ihnen der Gemeinderat, den Budgetantrag abzulehnen. Wir können dort im Moment keine Zwischennutzung anbieten. Das würde sehr viel Geld kosten. Es kommt noch dazu, dass dort eine zonengerechte, das heisst schulische Nutzung stattfinden müsste. Der Kanton hat ganz klar gesagt, dass er einer Zwischennutzung nur zustimmen könne, wenn sie im weitesten Sinne mit Schule zu tun hätte.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: wie man aus unserer Stellungnahme entnehmen kann, waren wir uns nicht einig. Man muss sich vor Augen halten, wenn bestimmt wird, dass man eine halbe Million Franken erwirtschaften muss, dann erzeugt das gewisse Zwänge auf die Immobilien, die man nicht einfach von heute auf morgen wieder umstellen kann. Wenn man dem Budgetantrag also jetzt stattgibt, dann könnte das unter Umständen bedeuten, dass der Gemeinderat seine Immobilienstrategie über den Haufen werfen müsste. Ich denke, das ist nicht unbedingt das, was die FDP mit ihrem Antrag im Sinn hat.

Diskussion

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe den Eindruck, dass der Gemeinderat Herrn Bärtsch nicht ganz verstanden hat. Er hat von den letzten vier Jahren gesprochen, nicht nur vom letzten Jahr. Man hätte seit vier Jahren etwas unternehmen können. Man hatte vier Jahre lang Zeit, etwas zu suchen, denn man wusste, dass diese Gebäude leer stehen würden. Das geht für manch einen nicht auf. Da genügt es nicht zu sagen, was man im letzten Jahr getan hat, sondern man müsste sagen, was man in den letzten vier Jahren nicht getan hat und warum man es nicht getan hat.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir sind auch nicht zufrieden mit der Situation. Wir haben Liegenschaften, die brach liegen und die finanziell besser genutzt werden könnten. Man hätte das langfristig aufgleisen und planen können. Im Januar ist die Immobilienstrategie vorgelegt und vom Einwohnerrat zur Überarbeitung zurückgewiesen worden. Was definitiv festgelegt wurde, ist der Verkauf der Gartenstrasse, der ja hoffentlich im nächsten Jahr abgeschlossen werden kann. Beim Bettenacker ist eine Eigennutzung in der Prüfung. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, die Immobilienstrategie muss abgewartet werden, bevor man über eine Zwischennutzung entscheidet. Wir sind daher dafür, die Immobilienstrategie im kommenden Januar sehr schnell zu behandeln und dann weiter zu sehen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir stimmen dem Antrag der FDP zu, einfach um ein Zeichen zu setzen. Das ist nötig, denn es muss jetzt vorwärtsgehen mit den Immobilien in Allschwil. Sie müssen Erträge für die Gemeinde generieren.

Abstimmung

://:

Der Budgetantrag 4309B.1 wird mit 22 Ja zu 13 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.5

Budgetantrag Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 0220 / 5040.03; Empfang der Gemeindeverwaltung, Geschäft 4309B.2

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Wir anerkennen, dass etwas getan werden sollte, um die Situation beim Empfang der Gemeindeverwaltung zu verbessern. Wir denken aber, dass die eingesetzten CHF 100'000 angesichts der finanziellen Lage der Gemeinde zu hoch sind. Man kann mit weniger Geld etwas Praktisches und Zweckmässiges errichten. Man könnte zwar die CHF 100'000 stehen lassen, müsste dann aber den diesbezüglichen Budgetantrag der SVP 4309B.8 einbeziehen und ihm ebenfalls zustimmen. Zusammen mit der von der SVP geforderten Zutrittslösung wären die CHF 100'000 gerechtfertigt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Diese CHF 100'000 sind ja bereits eine Halbierung eines vorhergehenden Projekts. Sie sind zum grossen Teil untermauert mit Offerten. Dies ist wirklich das Geld, das wir hier brauchen. Da waren Anbieter im Bereich Elektro, Schreiner, Bodenbeläge etc. Wir kommen dort auf CHF 91'000, mit Mehrwertsteuer CHF 98'000. Ich bitte Sie darum, dieses Budgetpostulat abzulehnen, denn es ist tatsächlich wichtig für die Gemeinde Allschwil, dass wir an der Empfangssituation in der Gemeindeverwaltung etwas ändern. Es geht um Kundenzufriedenheit, auch um eine gewisse Betreuung der Leute, die sich in der Halle aufhalten. Die Mitarbeitenden im Schalter können dort eigentlich nur arbeiten, wenn beide Fensterflügel zu sind, weil es dort sonst zu zugig ist, gerade bei Temperaturen, wie wir sie im Augenblick haben. Das ist nicht sehr kundenfreundlich und entspricht nicht den Vorstellungen der Arbeitsgruppe, die an diesem Projekt mitgearbeitet hat. Die würde man diesen Teil mit einer Schiebetüre ausstatten, sodass die Besucher direkt vor eine Empfangstheke geführt werden, von der man die Besucher abholen und betreuen kann. Ich zeige hierzu eine Visualisierung. Ich beantworte auch gern weitere Fragen.

Diskussion

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP ist der Meinung, dass die CHF 100'000 von der Höhe her in Ordnung sind. Sie möchte dieses Projekt vorantreiben. Ich möchte noch gerne wissen, wie viel von den CHF 91'000 an Allschwiler Unternehmen gehen würden. Die SVP verbindet damit die Hoffnung, dass, abgesehen von den Zugangsproblem, welches Gegenstand unseres separaten Budgetantrags ist, generell der Empfang und das Auftreten der Gemeinde sich verbessert, zum Beispiel auch dann, wenn die Gemeindeverwaltung als geschlossen angeschrieben ist. Dazu eine Anekdote: Julia Gosteli, Etienne Winter und ich hatten letzten Dienstagnachmittag ein Sitzungszimmer angemeldet und eingetragen. Die Gemeindeverwaltung war geschlossen. Wir läuteten. Keine Reaktion. Wir klopfen an die Scheibe. Gemeindearbeiter gingen innen an uns vorbei, schauten uns an, wir winkten ihnen, sie gingen weiter. Wir läuteten auf dem All Services an. Wir hörten von draussen, die das Telefon neben dem Mitarbeiter läutete, aber es wurde nicht abgenommen. Dann fingen wir an, die Hauptabteilungsleiter durchzutelefonieren. Irgendwann haben wir dann jemanden erwischt, der so nett war, uns zu öffnen. – Das ist ein unglaublicher Zustand! Für eine Gemeindeverwaltung, die 20'000 Einwohner repräsentiert! Das ist ein No-go. Es ist mir gleichgültig, ob dort angeschrieben ist, dass die Gemeindeverwaltung am Mittwoch- und Donnerstagnachmittag geschlossen ist. Wenn ein Bürger mit einem Anliegen kommt, dann muss doch mindestens jemand da sein, der ihm vielleicht erklärt, aus welchem Grund jetzt niemand zu sprechen ist, oder der bei einem Problem weiterhelfen kann, oder bei so einem Sachverhalt, wie wir ihn erlebt haben. 20'000 Einwohner, eine Riesengemeinde, 120 Angestellte – und eine Empfangskultur, als würde man irgendwo in Kestenholz, meinem Heimatort, auf die Gemeindeverwaltung gehen, und die befindet sich über der Garage einer Elektrikergeschäfts. Ich bitte doch sehr, dass wir das in den Griff bekommen. Lassen wir also die CHF 100'000 drin und hoffen, dass sich dieses Problem dann aber auch wirklich erledigt hat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Beträge, um die es hier geht, bewegen sich im freihändigen Bereich. Da arbeiten wir immer auch mit Allschwiler Unternehmen zusammen, bei Elektrikern, Malern oder Schreibern. Ich weiss aber im Moment nicht, ob diese elektrische Schiebetür auch von einem Allschwiler

Unternehmen angeboten wird. – Was das von Florian Spiegel angesprochene Problem angeht: Das ist tatsächlich so und aus diesem Grund haben wir im Gemeinderat ein Ziel formuliert und gefragt, welche Massnahmen es dazu braucht. Ich kann Ihnen versichern, dass die Massnahmen, die wir durchführen wollen, das Ziel haben, die von Florian Spiegel beschriebenen Zustände zu überwinden.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wenn ich mir die Visualisierung anschau, dann habe ich den Eindruck, dass sich die Situation für die Mitarbeitenden, was die Zugluft angeht, eher verschlechtern wird.

Abstimmung

://:

Der Budgetantrag 4309B.2 wird mit 26 Nein zu 12 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.6

Budgetantrag von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend
Konto 5040.03; Empfang Gemeindezentrum, Geschäft 4309B.8

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Als ich die Antwort des Gemeinderats auf unseren Budgetantrag gelesen hatte, musste ich zunächst schmunzeln, und zwar über den Satz „Eine Veränderung bezüglich der Eintrittssituation ausserhalb der Bürozeiten und insbesondere für abendliche Sitzungen wurde bisher nicht als Ziel definiert.“ Ich glaube, die Situation ist jedem Kommissionsmitglied schon einmal als sehr mühsam erschienen. Ich habe ja beschrieben, was für abenteuerliche Lösungen teilweise gesucht werden müssen, um den Weg ins Kommissionszimmer zu finden. Ich denke, es ist jetzt an der Zeit, dass man, gerade im Hinblick auf die sowieso anstehende Umgestaltung, eine Lösung sucht und findet, Kommissionsmitgliedern auch ausserhalb der Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung den Zutritt problemlos zu ermöglichen. Ich habe absichtlich offen gelassen, wie dies geschehen soll. Ich möchte das denjenigen überlassen, diese Umgestaltung planen. Sie sollen es so machen, wie sie es am sinnvollsten oder am machbarsten finden. Ich kann dem Gemeinderat aber insoweit folgen, als es sich nicht um einen Antrag im eigentlichen Sinn, sondern um ein Postulat handelt. Ich bin bereit, umzuwandeln. Ich möchte jedoch nicht in ein Postulat, sondern in eine Motion umwandeln, denn ich möchte, dass der Gemeinderat das jetzt, im Zuge der anstehenden Umgestaltung, umsetzt und nicht zuerst wieder prüft und berichtet und das Geschäft dann wieder in den Rat bringt. Wenn aber ein Grossteil der anderen Fraktionen der Meinung sein sollte, dass sie meine Forderung eventuell in Form eines Postulats unterstützen könnten, dann würde ich darum bitten, das jetzt kundzutun, damit ich meinen Vorstoss in die mehrheitsfähige Fassung anpassen könnte.

Philippe Adam, Präsident: Ziehen Sie Ihren Budgetantrag damit zurück?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich rege an, ein Time-out einzulegen, damit mit den anderen Fraktionen geklärt werden kann, wie die Umwandlung erfolgen soll.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich bin auch für einen Time-out, möchte aber zuvor noch fragen, ob es seitens der Gemeindeverwaltung rechtliche Bedenken gibt. Man müsste dann auch Fragen wie die der Schlüsselhoheit etc. klären, wenn plötzlich 40 Personen mehr Zutritt zum Gebäude sollen. Ich denke, es wäre grundsätzlich machbar, aber ich würde doch gerne zuerst ein Statement von der Gemeindeverwaltung oder der Gemeindepräsidentin hören.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Andreas Bammatter spricht eine Frage an, die wir in der Tat prüfen müssen. Darum wäre der Gemeinderat froh, wenn der Vorstoss nur als Postulat überwiesen werden würde. Ich bin auch der Meinung, dass eine Motion vom Inhalt her gar nicht infrage kommt. Ich bitte Sie also, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat ist bereit, die Fragestellung an die Hand zu nehmen. Wir haben es intern auch schon diskutiert. Ursprünglich hiess es, das sei technisch nicht so leicht zu lösen; dies hat sich geklärt. Nun geht es aber um die weitere Frage der Zutrittskontrolle,

wo es unter anderem auch rechtliche Probleme zu klären gilt. Aber das Anliegen als solches sehen wir als berechtigt an.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Interessant wäre auch noch zu wissen, was das Ganze kostet, bevor wir entscheiden, etwas zu tun.

René Imhof, SVP-Fraktion: Den Zutritt in ein solches Gebäude kann man doch heute sehr einfach lösen mit den Systemen, wie sie heute in Hotels üblich sind. Das könnte man doch auch so einrichten: Wenn eine Kommission Sitzungen ist, hat der Präsident oder sein Stellvertreter eine Karte, mit der er sich und seinen Kolleginnen und Kollegen Zutritt verschaffen kann.

Philippe Adam, Präsident: Wir machen jetzt ein Time-out von 2 Minuten.

TIME-OUT

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die Diskussion während des Time-out war sehr aufschlussreich. Die Konsequenz ist, dass wir das Budgetpostulat aufrechterhalten. Denn wenn wir es umstellen würden, könnten wir es heute Abend nicht überweisen, sondern müssten noch einmal von vorne anfangen. Fall Mehrkosten entstehen würden, so kann der Gemeinderat sowieso nur bis zu einem gewissen Betrag selbst entscheiden. Wenn es darüber hinausginge, müsste er einen Nachtragkredit bringen, so dass der Einwohnerrat doch noch die Möglichkeit hätte einzugreifen, falls ihm die Kosten zu hoch wären. Ich halte also an dem Budgetantrag fest und hoffe auf breite Unterstützung.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Wie wir schon festgestellt haben, ist der Budgetantrag nicht konform. Wir haben keinen Betrag, wir haben keine Idee. Wir haben nur ein Begehren. Wir haben vorhin darüber abgestimmt, dass wir die CHF 100'000 für den Umbau nutzen und nicht jetzt diese Nutzung ummünzen in dem Sinne, dass noch mehr dazukommen soll. Ich denke, so geht es verfahrensmässig nicht.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir nehmen ja das Postulat entgegen. Es ist richtig, was Mark Aellen gesagt hat, man kann es nicht einfach umwandeln, um es heute Abend behandeln zu können. Aber wir fangen ja auch nicht gerade am 1. oder 2. Januar mit der Umsetzung der Umgestaltung an. Insofern haben wir noch etwas Zeit, und ich weiss aus gut unterrichteten Kreisen, dass die Traktandenliste für den Januar noch nicht so befrachtet ist, als dass dieses Postulat nicht an die Reihe käme. Wie gesagt, wir sind dafür und finden es ein sinnvolles Anliegen. Ich möchte darum die SVP-Fraktion bitten, über eine Rücknahme des Antrags nachzudenken.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich verstehe es so, dass das Anliegen der SVP-Fraktion mit den Umgestaltungsarbeiten erledigt werden soll, über die wir gerade eben abgestimmt haben. Insofern halte ich den Budgetantrag sehr wohl für zulässig.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir sollten präzise bleiben. Es darf nicht so herauskommen, dass unterschiedliche Auslegungen darüber möglich sind, was nun mit welchem Teilbetrag in den CHF 100'000 enthalten sein soll. Also entweder vertrauen wir jetzt darauf, dass das Postulat im Januar überwiesen wird und dann ein entsprechender Betrag in die Hand genommen wird. Oder wir sagen, das Problem soll mit den vorhin beschlossenen CHF 100'000 erledigt und darin enthalten sein, aber dann muss es eindeutig so formuliert werden.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es dünkt mich auch nicht ganz seriös, wenn wir nur einen Antrag hätten, mit diesen CHF 100'000 auch noch irgend ein Schliesssystem zu realisieren, ohne dass der Rat wüsste, welches System das wäre und was es kosten würde. Das ist keine sinnvolle Vorgehensweise. Reichen Sie doch ein sauberes Postulat ein, damit wir prüfen können, welche Varianten es gibt und was sie kosten. Dann sieht der Rat, was er bekommen kann und kann darüber abstimmen, was er gerne hätte.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion bleibt auf Anfrage des Präsidenten bei seinem Budgetantrag.

Abstimmung

://:

Der Budgetantrag 4309B.8 wird mit 18 Ja zu 16 Nein bei 1 Enthaltung angenommen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.7

Budgetantrag von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli, Julia Gosteli und Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend Konto 1611.5060.01; Ersatz Trefferelektronik Schiessanlage, Geschäft 4309B.10

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte vorab Namen unserer Fraktion klarstellen, dass es uns nicht darum geht, die Schiessanlage zu schliessen oder infrage zu stellen. Uns geht es nur darum, den Ersatz möglichst lang hinauszuschieben und erst dann eine neue Anlage zu erwerben und zu bauen, wenn die alte Anlage tatsächlich irreparabel ist. Wir wissen nämlich nicht, wann dies der Fall sein wird. Das könnte in einem Jahr sein, aber auch erst in fünf Jahren. Und genau dadurch könnten wir Geld sparen. Wir denken, dass man das damit verbundene Risiko, dass die Anlage einmal kurzfristig nicht benutzbar wäre, durchaus eingehen kann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Wir als Gemeinderat sind da natürlich ganz anderer Meinung. Es geht hier nicht darum, dass die Anlage momentan funktionstüchtig ist. Sie kann zwar funktionieren, aber tüchtig ist sie schon lange nicht mehr, höchstens in der Fehleranfälligkeit. Es ist jetzt schon so, dass wir immer wieder Probleme haben, das ist Alltag. Dem Argument, dass man abwarten könnte, ob die Anlage in einem oder in fünf Jahren ausfällt ist entgegenzuhalten, dass, wenn man die Anlage jetzt erneuert, die jährliche Serviceleistungen sehr viel günstiger ist. Pro Scheibe und Jahr macht es CHF 310 aus, bei acht Scheiben sind das fast CHF 3'500. Auf die genannten fünf Jahre hinaus gerechnet kommen wir somit auf rund CHF 12'500, die man spart, wenn man die Anlage jetzt ersetzt. Zu den Kosten muss man auch noch folgendes sagen: Die Anlage ist jetzt budgetiert mit CHF 150'000. Das mag ein grosser Betrag sein, ist aber vom Produkt her gerechtfertigt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Schützen ein so genanntes Schussgeld zahlen von 15 Rappen pro verschlossene Patrone. Das sind pro Jahr rund CHF 4'000. Wenn man in Betracht zieht, dass sie dies seit 26 Jahren zahlen, sind es schon fast CHF 100'000, die die Schützen an die Gemeinde gezahlt haben. Dazu leisten die Schützen Frondienst. Wir sind auch gesetzlich verpflichtet, den Schützen, etwa 400 an der Zahl, das „Obligatorische“ zu ermöglichen. Die könnte man nicht so einfach kurzfristig umdirigieren, wenn die elektronische Trefferanzeige ausfallen würde. Eine Anzeige von Hand kommt heute nicht mehr infrage. Wie wir dargelegt haben, ist der alte Servicevertrag ausgelaufen und es gibt auch keine Ersatzteile mehr. Diese Investition ist daher absolut nötig. Wir unterstützen damit auch unsere Vereine, die Jugendarbeit treiben. Ich bitte daher den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir sind uns darüber einig, dass es diese Trefferanzeige braucht, das ist auch eine gebundene Ausgabe insofern, als es eine Bundesaufgabe ist, die die Gemeinde vollziehen muss. Die Differenz liegt nur darin, ob man warten soll, bis sie nicht mehr funktioniert, oder ob man sie präventiv ersetzen soll. Dazu noch die Frage, wie lange es dauern würde, einen Ersatz zu beschaffen, wenn die Anlage ausgestiegen ist.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Spontan kann ich diese Frage nicht beantworten, werde es aber abklären.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es ist nicht bestritten, dass es sich hier um etwas handelt, das wir brauchen. Aber warum soll es nicht möglich sein, dass diese 400 Schützen einmal für ein Jahr woanders schiessen? Ich glaube nicht, dass wir heute mehr Schützen haben als früher.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich habe jetzt die Information doch schneller erhalten. Die Beschaffung einer neuen Anlage würde mindestens drei Monate dauern, aber wahrscheinlich wird es insgesamt länger dauern, weil es ja auch mit einer Ausschreibung verbunden wäre. Zum Votum von Andreas Bammatter ist

zu sagen, dass man selbstverständlich sein Obligatorisches an jedem Schiessstand in der Schweiz ableisten kann. Aber das kann ja nicht die Idee sein, wenn wir hier die ganze Infrastruktur haben.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es stimmt zwar, dass man auswärts schiessen kann. Aber es würde doch dem von der SPD und den Grünen besonders gepflogenen Gedanken der Nachhaltigkeit entsprechen, wenn die Leute dort schiessen, wo sie wohnen. Soweit ich weiss, erhalten auch die Schiessvereine für die Personen, die bei ihnen das Obligatorische absolvieren, vom Bund einen Betrag. Es könnte bei den betroffenen Vereinen also zu einer grösseren Einbusse führen, wenn dies wegfallen würde.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das trifft zu, und diese Beträge sind auch substantiell für die Schützenvereine.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Wir sind der Überzeugung, dass man diesen Budgetantrag ablehnen sollte. Der Gemeinderat hat dies sehr gut dargelegt. Es handelt sich um eine Investition, die sich schon seit längerem abgezeichnet hatte, man muss das jetzt einfach an die Hand nehmen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern. Aber wir reden von einer Beschaffungszeit von drei Monaten bis zu einem halben Jahr. Es ginge also darum, dass die Betroffenen einmal woanders hingehen müssten. Das ist zumutbar. Man kann sogar mit dem Velo nach Bottmingen fahren.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Mir wird jetzt zugetragen, es handle sich um CHF 18 pro Schütze. Bei 400 Schützen, die das Obligatorische schiessen, sind das rund CHF 7200, die dem Schiessverein entgehen würden. Ein Schiessverein ist ja auch eine kulturelle Institution, und normalerweise spart ja die SP bei der Kultur nicht.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Zur Idee von Andreas Bammatter ist auch noch zu sagen, dass andere Gemeinden gar nicht den Schiesslärm von Allschwil haben wollen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich komme jetzt noch zur Fraktionsmeinung der SP. Wir unterstützen den Gemeinderat und lehnen das Postulat auch ab. Die Investitionen ist nötig, und wir sehen keinen Grund, darauf zu verzichten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wie wir gehört haben, haben die Schützen schon einen namhaften Beitrag an die neue Anlage gezahlt, indem sie ihre Abgaben entrichtet haben. – Im Übrigen bin ich jetzt für Ende der Diskussion, damit wir endlich abstimmen können

Abstimmung

://:

Der Budgetantrag 4309B.10 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Philippe Adam, Präsident: Wir haben in den Traktanden 2.1.8 und 2.1.9 zwei gleichlautende Anträge, die wir zusammen behandeln.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.8

Budgetantrag Kathrin Gürtler, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber, Andreas Bärtsch, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Mirjam Benz-Ziegler und Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, betreffend Konto 3420.5290.01; Umgestaltung Lindenplatz S. 75 / 78, Geschäft 4309B.3

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.9

Budgetantrag von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli, Julia Gosteli und Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend Konto 3420.5290.01; Umgestaltung Lindenplatz, Geschäft 4309B.9

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir möchten diese CHF 190'000 ersatzlos gestrichen haben. Wenn die eingesetzte Spezialkommission gearbeitet hat, soll man einen entsprechenden Betrag ins Budget 2018 aufzunehmen. Wir haben zwar die Argumentation vom nur „orientierenden“ Charakter dieser Budgetposition mitbekommen, sind aber dennoch der Ansicht, dass sie aus dem Budget 2017 herausgenommen werden kann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir stimmen hier mit der FDP überein. Noch ein Wort zur Präzisierung: Wenn man vom Lindenplatz spricht, meint man meistens zweierlei Sachen. Das eine ist der Grünplatz, der übrigens kein Unort ist und der sehr gut besucht ist. Bei diesem Platz braucht es dringend eine Toilettenanlage. Darum habe ich immer wieder insistiert, dass man mit dem Lindenplatz vorwärts macht. Ich hätte auch sagen können, macht vorwärts mit der Toilettenanlage. – Das Zweite ist der Lindenplatz und sein Umfeld als Stadtentwicklungsprojekt. Das hat eine andere Dimension, sowohl geografisch als auch finanziell.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Die Rechnungslegungsvorschriften sagen, dass man geplante Aktivitäten festhalten muss. Der Betrag ist strittig, das ist klar. Wenn wir die Position aber, wie gefordert, streicheln, dann legen wir fest, dass dieses Jahr nichts geplant wird. Ich denke, dies entspricht nicht dem, was man effektiv will. Aber andererseits postulieren wir im Budget ja auch Dinge, die wir nicht halten können.

Diskussion

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich finde das einfach nur schwach. Es handelt sich ganz klar um ein Begehren, das vom Volk ausgeht. Und wenn man jetzt einfach sagt, das machen wir nicht, dann ist das einfach ein Zeichen, das ich unwürdig finde. Es kann doch einfach nicht sein, dass das keinen Platz haben soll. Man muss doch einfach einmal ein Zeichen setzen, dass man sich dafür einsetzen will und nicht nur sagt, wir schauen dann mal. Wenn wir das jetzt herausnehmen, dann haben wir hier kein politisches Ziel, und dann frage ich mich auch, was die betreffenden Parteien in der Spezialkommission tun wollen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Bei diesem Budgetpostulat geht es nicht darum, ob wir beim Lindenplatz etwas tun wollen oder nicht. Diesbezüglich sind wir uns im Rat einig. Wir wollen jetzt vorwärts machen, nachdem der Kanton seine Planungen für die Baslerstrasse wieder hervorgeholt hat. Aber wir haben vor einem guten Jahr das Geschäft wieder an den Gemeinderat zurückgewiesen, weil wir nicht bereit waren, CHF 2.8 Mio. für die Umgestaltung dieses Platzes bereitzustellen. Stattdessen haben wir im September beschlossen, diese Spezialkommission einzusetzen. Dieses soll jetzt einmal arbeiten, und dann schauen wir ihr Resultat an. Es hiess bei der Diskussion im September ausdrücklich, dass man mit der Einsetzung der Spezialkommission noch kein Geld spricht. Jetzt aber sind in diesem Budget CHF 190'000 enthalten, und in der Finanzplanung ist der Lindenplatz, wie wir vorhin gehört haben, immer noch mit CHF 2.8 Mio. enthalten. Lassen wir jetzt doch diese Spezialkommission arbeiten und zu einem Resultat kommen. Dann kann der Gemeinderat wieder mit einer Sondervorlage kommen und wir können das Geld sprechen. Aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Was tun wir gerade? Wir kratzen an den Investitionen, nicht am Budget. Ich frage mich, was das Ganze soll. Investition – d.h., wir sprechen einen Planungskredit. Kann mir irgendjemand von euch erklären, was das für eine Folge für das Budget des nächsten Jahres hat? Ich sehe da keinen Zusammenhang.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Für uns ist klar, dass wir das Budgetpostulat ablehnen werden, denn wir wollen mit dem Lindenplatz vorwärts machen. Wir wollen, dass das in der Investitionsrechnung enthalten ist. Es handelt sich nicht um einen budgetrelevanten Posten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Das Geschäft ist in unserer Fraktion ausführlich diskutiert worden. Wir haben die Aspekte einfließen lassen, die die FDP vorhin schon nannte. Die Kosten, die geplant sind mit CHF 2.6 Mio., sind für uns generell zu hoch. Dazu stehen wir nach wie vor. Auch richtig ist allerdings, dass wir eine Kostenposition im Budget drin haben müssen, wenn wir gegebenenfalls im Jahr 2017 damit beginnen wollen, etwas zu projektieren. Der Ablauf ist so – und das wurde uns zugesichert – dass das Geschäft zuerst durch die Spezialkommission gehen muss, die jeden Franken bewilligen muss. Dann muss ihn der Gemeinderat bewilligen und schliesslich auch der Einwohnerrat. Ich bin auch ganz klar der Meinung, falls hier auch nur ein Franken fließen sollte, den eine dieser drei Instanzen nicht bewilligt hat,

dann soll derjenige, der die Rechnung unterschrieben hat, diese auch aus der eigenen Tasche zahlen. Das sind wir knallhart. Denn das haben wir vom Gemeinderat mitgenommen, dass alle drei Instanzen bei jedem Franken ja sagen müssen. Wir werden also die CHF 190'000 im Budget stehen lassen. Die SVP-Fraktion wird den Budgetantrag als ablehnen.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Ich möchte auch nochmals klarstellen: Wenn gesagt wird, man werde einen Betrag freisprechen, wenn man ihn in der Investitionsrechnung drin lässt, dann ist das falsch. Er wird nicht freigesprochen. Er wird geplant. Er ist nicht genehmigt. Es ist so, wie es Herr Spiegel sagte: Die Entscheidung muss durch alle drei Instanzen gehen, bevor Geld ausgegeben werden kann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unabhängig davon, ob wir dieses Postulat nun annehmen oder nicht, ist mir bei diesem Geschäft nicht wohl. Die einen reden von einem Investitionskredit, der nur parat gestellt ist, damit eventuell investiert werden kann, der aber noch definitiv gesprochen werden muss. Die anderen reden von einem Planungskredit, wo es gar nicht um eine Realisierung, sondern um eine weitere Planung geht – wie das Freiraumkonzept, das CHF 160'000 gekostet hat. Und die Dritten reden von einem Realisierungskredit, mit dem man Geld bereitstellt, um damit etwas machen zu können. Das finde ich ein Durcheinander, ehrlich gesagt.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: In dem Freiraumkonzept ist ja genau auch der Lindenplatz mit seinem Entwicklungspotenzial enthalten, d.h., wir fangen jetzt an, das Freiraumkonzept umzusetzen. Die Frage ist, welches Zeichen wir nach Neuallschwil aussenden, wenn wir diesen Planungskredit ablehnen. Dort wohnt die Hälfte der Allschwiler Bevölkerung und rund um den Lindenplatz hat es sicher etwa 8'000 Einwohner. Ich verstehe die Grüne Fraktion und die EVP/GLP/Grüne-Fraktion einfach nicht, wenn sie nicht einsieht, dass man jetzt endlich vorwärts machen muss. Ich bitte, den Budgetantrag abzulehnen.

Abstimmung

://:

Die Budgetanträge 4309B.3 und 4309B.9 werden mit 24 Nein gegen 10 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Philippe Adam, Präsident: Wir haben jetzt alle Budgetanträge behandelt. Es ist 22.00 Uhr. Ich frage den Rat an, ob wir zu Ende beraten, oder ob wir uns auf morgen vertagen sollen. Ich möchte darüber abstimmen lassen.

://:

Es wird grossmehrheitlich beschlossen, die Sitzung fortzusetzen und die Traktandenliste zu Ende zu beraten.

Philippe Adam, Präsident: Wir machen 5 Minuten Pause.

PAUSE

Traktandum 2.2 Detailberatung

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung. Der 2. Vizepräsident liest den Budgetbericht kapitelweise vor.

Markus Gruber, 2. Vizepräsident:

Budget Erfolgsrechnung

0 Allgemeinde Verwaltung

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

keine Wortmeldung

2 Bildung

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 51

keine Wortmeldung

4 Gesundheit, S. 55

keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit, S. 56

keine Wortmeldung

6 Verkehr, S. 60

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 62

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle, bevor wir zu den Spezialfinanzierungen kommen, eine Bemerkung zum Budget insgesamt machen. Uns ist aufgefallen, dass bei „Planung und Projektierung Dritter“ und bei „Honorar externe Berater, Gutachter und Fachexperten“ über das ganze Budget in fast allen Departementen eine Steigerung der Budgetpositionen im Vergleich zu den Vorjahren stattgefunden hat. Alles zusammengenommen geht es gegen CHF 100'000. Wir würden gerne wissen, wie das zustande gekommen ist. Ich erwarte die Antwort aber nicht auf der Stelle.

8 Volkswirtschaft, S. 67

keine Wortmeldung

9 Finanzen und Steuern, S. 68

keine Wortmeldung

Budget Investitionsrechnung

0 Allgemeinde Verwaltung, S. 73

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 73

keine Wortmeldung

2 Bildung, S. 74

keine Wortmeldung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, S. 75

keine Wortmeldung

4 Gesundheit, S. 75

keine Wortmeldung

5 Soziale Sicherheit, S. 76

keine Wortmeldung

6 Verkehr, S. 76

keine Wortmeldung

7 Umweltschutz und Raumordnung, S. 76

keine Wortmeldung

Philippe Adam, Präsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Die Beratungen über das Geschäft 4309 A/B/C sind somit abgeschlossen.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Ich habe nur eine organisatorische Anmerkung. Im Bericht der Fireko steht, dass in der Sitzung, in der der Bericht freigegeben wurde, gewisse Mitglieder nicht anwesend waren. Es ist mir wichtig festzuhalten, dass die Kommissionsmitglieder, an dem betreffenden Tag nicht anwesend waren, nicht unbedingt nicht mitgearbeitet haben.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Für mich ist es auch o.k., wenn wir das Budget jetzt fertig beraten und Gemeinderat Franz Vogt seine Antwort auf meine Frage an alle per E-Mail verschickt. Ich möchte lediglich keine bilaterale Antwort, sondern eine, die schwarz auf weiss an alle geht.

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Bei der Erfolgsrechnung hatten wir angefangen mit einem Defizit von CHF 1'835.417. Sie haben beschlossen, dass es Mehrerträge aus den beiden Schulhäusern geben soll im Umfang von CHF 523'610. Das heisst, das neue Defizit beträgt CHF 1'311'807. Im Bereich der Investitionsrechnung gab es keine Veränderungen.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, wie folgt zu beschliessen:

1. Das Budget 2017 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

Philippe Adam, Präsident: Zu diesem Antrag liegen zwei Budgetanträge der SP-Fraktion, Etienne Winter, vor.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Robert hat mich vorhin gebeten, nicht zu lange zu reden. Darum ziehe ich den ersten Budgetantrag zurück und rede dafür zum zweiten doppelt so lang. Vor einem guten Jahr, an der letzten Budgetsitzung, ist die SP-Fraktion mit dem gleichen Anliegen, Steuererhöhung für die natürlichen Personen, vor den Rat getreten. Wieso dieser Vorschlag? Wir wissen es eigentlich alle: Die Einwohnergemeinde Allschwil weist ein grösseres strukturelles Defizit auf. Damals hat der Gemeinderat, trotz bürgerlicher Mehrheit, wie ich immer wieder betonen muss, eingesehen, dass die Gemeinde Allschwil nicht um eine Steuererhöhung herumkommt. Wenn wir das Wohlstands- und Leistungsniveau der Gemeinde behalten wollen, dann müssen wir dort ansetzen. Der Gemeinderat und Finanzexperte Franz Vogt hat eigentlich auch dieses Jahr gut erläutert, wieso das so ist. Ich möchte dennoch sein Fazit vom letzten Jahr nochmals aufgreifen. „Erstens: Das Kostenwachstum, das Allschwil aktuell erlebt, ist zum grossen Teil demografisch bedingt, und das wird auch in den nächsten Jahren zu bleiben. Zweitens: Der Gemeinderat hat im Rahmen der Budgetierungsphase alle freiwilligen Bereiche in der Gemeinde überprüft. Die Luft im Budget ist definitiv weg. Weitere Einsparungen haben einen weiteren Leistungsabbau zur Folge.“ Das sind die Worte des Gemeinderates. Aus diesem Grund hatte er uns eine Steuererhöhung um einen Prozentpunkt vorgeschlagen. Sogar die Fireko unter Führung von René Imhof kam zu der Einsicht, dass Allschwil für eine gesunde Finanzierung eine Steuererhöhung von 1.5 % nötig hat. Die Fireko ging sogar noch wesentlich weiter und wollte auch die juristischen Personen höher belasten. Das steht heute nicht zur Diskussion. Aber es zeigt auf, wie brisant das Thema ist. Wieso ist das letztes Jahr gescheitert? Die Hälfte des Rates meinte, dass das strukturelle Defizit mit Sparen und Kürzen ausgeglichen werden könne. Um dies zu demonstrieren, sind ja über 40 Budgetpostulate eingegangen. Am Ende kaum ein einziges davon durch, mit einer Sparwirkung von wenigen Tausend Franken. Im Namen der FDP-Fraktion sagte dann Kathrin Gürtler, eine Steuererhöhung sei nicht nötig, denn das Licht am Horizont sei bereits sichtbar. Auch habe Allschwil im Speckgürtel von Basel mittlerweile den höchsten Steuerfuss, so dass der Ort unattraktiv würde, wenn man noch weiter hinaufgehen würde. So viel zu gestern. Und wo stehen wir heute? Das strukturelle Defizit ist weiter gewachsen, auf CHF 2.1 Mio. Licht am Horizont ist nicht zu sehen. Ist man deshalb zu einer besseren Einsicht gekommen? Nein, im Gegenteil. Obwohl das strukturelle Defizit weiter gewachsen ist, und zwar durch gebundene Ausgaben, die die Gemeinde nicht beeinflussen kann, zieht der

Gemeinderat den Schwanz ein und behauptet, eine Steuererhöhung sei jetzt nicht nötig. Und die Fireko dackelt hinterher. Das Hauptargument ist, wir stünden vor einer unsicheren finanziellen Zukunft. Da würde ich gerne einmal fragen: Welche Zukunft ist denn nicht unsicher? Schauen wir das Ganze einmal ein wenig pragmatischer an. Der Steuerfuss in Allschwil ist bei 58 %. Birsfelden ist mittlerweile bei 62 %, Münchenstein auf 61 %. Wir sind nicht mehr an oberster Stelle. Anderen Gemeinden ergeht es genau wie uns. Sogar Binningen, das bekannt war für seinen tiefen Steuerfuss, musste bluten. Auch dort hat man gemerkt, es geht so nicht mehr. Die Fireko hat es aufgezeigt, der Gemeinderat hat es aufgezeigt: Allschwil ist in den letzten Jahren um 12 % gewachsen, keine andere Gemeinde in Baselland hatte ein so hohes Wachstum wie unsere. Was bedeutet das? Unsere Infrastruktur wird mehr genutzt, und das heisst, wir müssen auch in sie investieren. Da kommen hohe Beträge zusammen. Und die Entwicklung ist noch nicht zu Ende. Wir wissen, dass wir auf 24'000 Einwohner kommen werden; dann wird unsere Infrastruktur noch mehr genutzt und es werden noch mehr Investitionen nötig. Wir werden älter. Die Sozialpflegekosten werden teurer. Und so weiter, und so fort. Und die wirtschaftliche Lage? Glaubt ihr im Ernst, mit der anstehenden Steuerreform wird ein Geldregen über uns niedergehen? Nein, der Gemeinderat sagt das ja auch, wir werden Mindereinnahmen haben. Auch der Kanton wird Mindereinnahmen haben, und man weiss ja, dass er dann die Aufgaben auf die Gemeinden schiebt. Und wer Zeitung liest, weiss ja auch, dass Actelion vielleicht von Johnson & Johnson aufgekauft wird. Man munkelt, dass 100 Arbeitsplätze verloren gehen. Ich will nicht schwarz malen, aber die Prognosen, mit denen Allschwil konfrontiert ist, sehen nicht nach Licht am Horizont aus. Die Frage ist, wie schlecht es noch wird, wenn wir nicht reagieren. Der Gemeinderat argumentiert, wir hätten genug Eigenkapital. Aber damit lösen wir kein strukturelles Defizit. Ich möchte aber auch betonen: Auch mit der beantragten Steuererhöhung würden wir das Problem nicht lösen, wir könnten vielleicht die Hälfte des strukturellen Defizits decken. Es müssen also noch weitere Massnahmen folgen. Ich sehe auf der bürgerlichen Seite nur Resignation. Es ist kein einziger Sparantrag eingegangen. Die Rechnung sei gut gemacht worden, heisst es. Ja, aber sie weist ein Defizit aus. Sparen reicht einfach nicht mehr aus. Ich möchte einfach beliebt machen, dass wir das Problem jetzt in Angriff nehmen, so dass wir nicht in fünf Jahren sagen müssen, sorry, jetzt müssen wir um fünf Prozentpunkte nach oben. Dann müsste man wirklich befürchten, dass Steuersubstrat davonläuft. Machen wir also jetzt einen ersten Schritt, und schauen wir dann, wie es weitergeht. Ausreichen wird er nicht. Aber wir können das Problem nicht weiter vor uns her schieben. Wir müssen gemeinsam eine Lösung finden.

Franz Vogt, Gemeinderat: Etienne hat sehr gut aufgepasst letztes Jahr, und dieses Jahr sicher auch, wie ich annehme. Er hat natürlich recht damit, dass die Situation nicht einfach ist. Aber wie wir gesagt haben, halten wir es für verfrüht, weitreichende Massnahmen zu ergreifen. Ich möchte auch daran erinnern, dass es für Sparanstrengungen nötig sein wird, den Druck aufrechtzuerhalten. Etienne hat ja gesagt, Steuererhöhungen werden keine Lösung sein. Ich möchte auch sagen: Nur schwarz muss man nicht sehen für die Zukunft. Die Situation ist ernst und es wird viele Anstrengungen brauchen. Aber ich verweise als Beispiel auf das Baselink-Areal, von dem man sich doch etwas erhoffen kann, wenn auch nicht in naher Zukunft. Die Situation ist ernst, aber nicht hoffnungslos, und der Gemeinderat möchte im Moment von einer Steuererhöhung absehen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Man muss manches von dem, was gesagt wurde präzisieren. Es handelt sich um eine ganze Litanei, die keinen Sinn macht, und die man wiederlegen kann. Es ist richtig, dass andere Gemeinden mit den Steuern nach oben gegangen sind. Es gibt Gemeinden, die höher liegen als Allschwil, es gibt aber auch solche, die tiefer liegen. Und die Gemeinden, die jetzt hochgegangen sind, waren zuvor fast ausschliesslich alle schon einmal heruntergegangen, was Allschwil nie getan hat. Richtig ist, dass man noch nicht weiss, wie sich die Unternehmenssteuerreform auswirken wird. Im Moment ist Grippezeit, aber ich bin gesund. Da werfe ich mir nicht vorsorglich Medikamente ein, sondern warte, bis es mich erwischt. Richtig ist auch, dass wir zurzeit ein strukturelles Defizit haben. Wenn es aber zum Beispiel darum geht, Land zu veräussern, ist die Ratslinke meistens dagegen mit der Begründung, man habe momentan keinen Handlungsbedarf, weil die Zinsen tief sind. Das gleiche könnte man auch beim strukturellen Defizit sagen: Natürlich gehen dann die Schulden nach oben, aber da die Zinsen tief sind, haben wir keinen Handlungsbedarf. Und zu der Behauptung, die Bürgerlichen würden stagnieren und nichts unternehmen: Die bürgerlichen versuchen seit Jahren, mit mehr oder minder grossen Sparanträgen, etwas an der Finanzlage zu ändern. Der einzige Lösungsvorschlag, der von euch in den letzten Jahren kam, war immer nur die Steuererhöhung. Immer nur die Steuererhöhung; also wenn ich etwas langweilig finde, dann das. Wir sind der Meinung, dass eine Steuererhöhung nicht der richtige Weg ist, um das Defizit in den Griff zu bekommen, und darum werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. Wir sind aber gerne bereit, fraktionsübergreifend zusammensitzend und zu überlegen, was man tun kann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion ist gegen eine Steuererhöhung. Ich möchte noch etwas Persönliches sagen. Ich höre immer die grosse Hitparade der Gründe: demografische Entwicklung – o.k. gebundene Kosten – o.k. strukturelles Defizit – o.k. Das Problem, das ich sehe, ist, dass Allschwil zu viel ausgegeben hat, schlicht und einfach. Und ich will nicht mehr Steuern zahlen. Fertig.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich bin nicht Steuerexperte, aber ich habe einmal via Comparis ausgerechnet, was es für eine Belastung ausmachen würde. Ich rede vom steuerbaren Einkommen, nicht vom Jahressalär. Man sieht auf der Grafik, was eine 1-prozentige Erhöhung pro Monat ausmachen würde. Als Beispiel: Steuerbares Einkommen CHF 80'000, zwei Kinder. In diesem Fall gäbe es einen Mehrbetrag von CHF 53.48 pro Jahr, das macht CHF 4.46 im Monat. Das reicht nicht einmal für einen Kaffee. Jeder kann hier selber ausrechnen, was es bei ihm ausmachen würde. Wie das in unserem Systems so ist, gibt es auch eine gewisse Quersubventionierung oder Solidarität, sodass diejenigen, die mehr verdienen, entsprechend mehr zur Kasse kommen. Manche finden das zwar nicht in Ordnung. Es kommt aber auch darauf an, was übrig bleibt. Wenn zum Beispiel jemand als Lediger CHF 150'000 versteuert, so trifft ihn ein Steuererhöhung von einem Prozent mit CHF 33.24 Monat. Bei 2 % hat er also ca. CHF 66 pro Monat weniger. Das ist zwar happig, aber er hat immerhin CHF 150'000, die er versteuert, d.h., er verdient ein paar Zehntausender mehr. Und von daher finde ich diese Belastung zumutbar. Ich sage es nochmals, wenn Ueli das nicht gern hört: Für die Demografie können wir nichts, das sind wir selber, die, die kleine Kinder haben, und die, die älter werden. Und die Kosten, die wir dadurch jetzt haben, kommen nicht daher, dass wir uns Luxus leisten würden. Wir haben jetzt das Geld in die Hand genommen und dieses neue Schulhaus gebaut. Aber vielleicht müssen wir noch eines bauen, es ist schon die Rede davon, dass das jetzige nicht ausreicht. Das ist aber nicht die Schuld von irgendjemandem, sondern eine Realität unserer Bevölkerungsstruktur. Es ist nicht „langweilig“, dem zu begegnen, sondern es ist ein Beitrag zur Solidarität mit den Menschen, die hier ein- und ausgehen und für die wir uns verantwortlich fühlen, ob wir nun selber Kinder haben oder nicht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Florian Spiegel hat schon vieles vorweggenommen. Ich möchte noch ergänzend darauf hinweisen, dass wir seit Jahren im Rat Budgets absegnen, und wenn dann ein Jahr später die Rechnung kommt, sieht sie viel besser aus. Das ist keine Kritik am Budgetierungsprozess. Es ist schwierig für die Verwaltung, mit den richtigen Zahlen zu operieren, und sie budgetierten natürlich lieber etwas zu hoch als zu tief. Aber es ist einfach eine Tatsache, dass in den acht Jahren, seit denen ich dem Rat angehöre, die Rechnung immer um mehr als CHF 100'000 besser abgeschlossen hat. Wir dürfen davon ausgehen, dass das schlussendlich auch für 2017 gelten wird. Zu beachten ist auch, dass die Gutverdienenden den grössten Teil der Steuern zahlen. Irgendwann einmal stösst ihre Solidarität an Grenzen. Sie sind auch diejenige Bevölkerungsgruppe, die am leichtesten einen Ortswechsel vollziehen kann. Allschwil hat einen der höchsten Steuersätze im Bezirk Arlesheim. Wenn jemand nicht alle Leistungen in Anspruch nehmen will, findet er schnell eine Gemeinde, die zwar etwas weniger Leistungen erbringt, aber auch einen niedrigeren Steuerfuss hat. Wie von Florian Spiegel schon angesprochen, ist es auch bei den meisten Gemeinden, die jetzt den Steuerfuss angehoben haben, so, dass sie mit dem Steuerfuss heruntergehen, wenn sie Gewinn machen. Allschwil hat seit Jahrzehnten den Steuerfuss nicht mehr gesenkt. Wir mussten uns sogar bei einem zweistelligen Millionengewinn sagen lassen, dass dieser nicht ausreichte, um auch nur eine 1-prozentige Steuersenkung vorzunehmen. Darum sind wir nicht bereit, Hand zu bieten für eine Steuererhöhung, die dann für immer gelten wird, denn wir kennen den Einwohnerrat.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Zweimal wurde die Fireko angesprochen als „SVP-geführt“ oder „SP-geführt“. Soweit ich weiss – ich bin ja nach 12-jähriger Pause wieder neu im Rat – ist eine Kommission nicht parteipolitisch ausgerichtet, nur weil der Präsident irgendein Parteiamt innehat. Ich möchte solche Vorwürfe strikt von mir weisen. Insbesondere sollten sich die Leute auch daran gewöhnen, dass ich nicht SP-Mitglied bin. Zweitens: Die Fireko soll die Sache also möglichst neutral anschauen, nur finanzpolitisch, nicht politisch. Ich habe darzulegen versucht, dass der vorgeschlagene Weg zwar gangbar ist, aber riskant. Wir greifen unsere Eigenmittel an, erhöhen die Verschuldung und gehen an die Limite dessen, was vertretbar ist. Wenn wir also nicht etwas an den Ausgaben oder Einnahmen schrauben können, dann werden wir nächstes Jahr nicht darum herumkommen, einen anderen Bericht zu schreiben. Das sind die Gründe, warum wir den Gemeinderat gefolgt sind, aber wir sind ihm nicht „nachgedackelt“. – Noch eine persönliche Bemerkung: Wenn gesagt wird, Allschwil verliere an Attraktivität, dann frage ich mich schon, warum Allschwil, trotz eines der höchsten Steuerfüsse im Bezirk, die höchste Bevölkerungszunahme hat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Als es vorhin um die Löhne des Personals ging, wurde die Zukunft sehr düster gemalt. Jetzt, wo es um Steuererhöhung geht, sieht es plötzlich nicht mehr ganz so düster aus. Das finde ich gelungen. Und wenn es heisst, dass wir in Allschwil immer über Steuererhöhung reden, so finde ich, es wäre an der Zeit, dass auch einmal in Liestal darüber geredet und dies dann auch umgesetzt wird. Dann müsste man es in den 84 Gemeinden nicht tun. Aber es ist natürlich ziemlich einfach für den Regierungsrat in Liestal, wenn er sich bei Basel-Start verschulden darf und seine Verpflichtungen auf die Gemeinden abschiebt. So bleibt der Zwang, Steuern zu erhöhen, immer bei den Gemeinden. Wenn wir einmal kein Budgetpostulat dieser Art mehr stellen, dann wird eine Steuererhöhung trotzdem nötig werden. Vielleicht kommt der Antrag dann von euch.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich bin nicht gegen das Sparen. Man kann sparen und man soll sparen. Die Frage ist nur, wo. Wir auf dieser Seite sind einfach nicht der Meinung, dass die, die es am dringendsten

brauchen, sparen sollen. Wir sind einfach an einem Punkt – das hat der Gemeinderat auch gesagt – wo weitersparen nicht möglich ist, ohne grössere Leistungen abzubauen. Es wäre dann die Frage, welche das sein sollen – und da haben wir wahrscheinlich auch erhebliche Differenzen. – Zum Votum von Kathrin Gürtler: Ich versuche ja entgegenzukommen. In fünf Jahren müssen wir dann vielleicht um 5 % hochgehen. Das fände ich dann auch nicht cool. Wir könnten jetzt einmal einen Schritt machen. Der Spardruck bleibt immer noch. Wir hätten einfach mal die Hälfte davon weg. Und wie gesagt: Wir schaffen es nicht, alles über die Ausgabenseite hereinzuholen. Ich bin immer noch der Meinung, es tut am wenigsten weh, wenn man auf beiden Seiten ansetzt. Nur ist die eine Seite sehr ausgereizt, auf der anderen haben wir noch nichts gemacht. Da will sich niemand die Finger verbrennen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Die Attraktivität einer Gemeinde hat aus meiner Sicht nichts mit dem Steuerfuss zu tun. Als bei uns die Frage anstand, wohin wir ziehen wollen, suchten wir ein Haus, das uns passt und wo es uns gefällt. Den Steuerfuss schauten wir in keiner Weise an. So geht es vielen Leuten, die ein Haus suchen. Der Steuerfuss kommt erst an zweiter oder dritter oder gar vierter Stelle.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Die Attraktivität geht sehr wohl über den Steuerfuss. Das hängt eben auch davon ab, um welches Steuersubstrat es geht.

Mark Aellen, Präsident der Fireko: Hier muss ich Stellung ergreifen. Wir haben vorhin gezeigt, dass wir Zunahmen haben, und dass die Zunahme der Bevölkerung auch zu einer erheblichen Zunahme der Einnahmen geführt hat. Wir ziehen also nicht die Armen an, sondern Leute, die offensichtlich Steuer zahlen können, sonst würden die Einnahmen ja nicht steigen.

Philippe Adam, Präsident: Wir stellen den Budgetantrag der SP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates gegenüber.

://

Der Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen auf 58 % der Staatssteuer festzusetzen, obsiegt mit 23 zu 12 Stimmen bei 0 Enthaltungen über den Budgetantrag der SP-Fraktion, Etienne Winter, den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen auf 60 % der Staatssteuer anzuheben,

3. Die Steuersätze für die juristischen Personen werden unverändert wie folgt festgelegt:

a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften

Ertrag	5.00%
Kapital	2.75‰

b) Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen:

Ertrag:	58% der Staatssteuer
Kapital:	2.75‰

c) Holdinggesellschaften

Liegenschaftsnettoertrag	58% der Staatssteuer
von ausländischen Quellen besteuertes	
Einkommen:	5.00%
Kapital:	0.10‰ mind. CHF 100.00

d) Domizilgesellschaften

Kapital	0.50‰ mind. CHF 100.00
---------	------------------------

://

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 34 Ja bei 0 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen – Steuern: Zur Frage von Florian Spiegel: Es geht um die Position 313.3131 auf Seite 33, die mit CHF 861'600 um ca. CHF 60'000 höher als im Vorjahr ist. Die Zunahme hat einerseits damit zu tun, dass darin CHF 12'000 enthalten sind für die Auswertung der Kunststoffabfuhr. Deren Einführung war ja damit verbunden, dass man die Rentabilität ermitteln sollte. Im Weiteren sind CHF 10'000 enthalten für eine Beratung des Gemeinderates im Zusammenhang mit Zukunft Allschwil, ein weiterer Betrag für Zukunft Allschwil von CHF 15'000 ist beim Einwohnerrat eingesetzt für den Fall, dass dieser Bedarf hat. Die grösste Zunahme betrifft die Kinder- und Jugendzahnpflege mit CHF 30'000. Von den ganzen ca. CHF 860'000 macht die Kinder- und Jugendzahnpflege gesamthaft CHF 480'000 Franken aus. Des Weiteren entfallen knapp CHF 84'000 im Bereich der Leitungskataster, also den Spezialfinanzierung, an; das sind Kosten, die man effektiv hat aufgrund des ordentlichen Geschäftsverlaufs. Und weitere ca. CHF 72'000 entfallen auf Kosten für Vermessungen, Geoinformationen etc., die von Gesetzes wegen durchgeführt werden müssen. Ein Grossteil der Kosten, die vom Begriff „Honorare, externe Gutachten etc.“ her fragwürdig erscheinen könnten, sind einfach gebundene Kosten, an denen wir nicht viel ändern können.

Schlussabstimmung

://:

Dem Abschluss des Geschäfts 4309 A/B/C wird einstimmig zugestimmt.

Philippe Adam, Präsident: Wir sind damit am Ende der Sitzung. Die Beratung des Verfahrenspostulats von Florian Spiegel betreffend Ergänzung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates in Sachen Budgetanträge, Geschäft 4315, wird auf die Januar-Sitzung verschoben. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen guten Rutsch.

ENDE DER SITZUNG 23.00 UHR